

Synopse

zu den Europawahlen 2014

Am 25. Mai 2014 finden die Europawahlen statt. Hier finden Sie einen Überblick über die Kernpunkte der Wahlprogramme von FDP, CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke und AfD

zu den Themengebieten

EU und Demokratie, Wirtschaft und Finanzen, Euro und Banken, Bürger- und Freiheitsrechte, Asylpolitik, Migration und Europäische Integration, Energie- und Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Bildung und Soziales, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Bearbeitet von Dr. Kerstin Brauckhoff und Julia Ringwelski, Kontakt: liberales.institut@freiheit.org
Herausgegeben vom Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

<p>FDP</p>	<p>Die FDP setzt sich dafür ein, dass Europa langfristig auf Basis einer gemeinsamen Verfassung, über die in einer europaweiten Volksabstimmung entschieden wird, ein föderaler Bundesstaat wird. Allerdings sollen künftige Hoheitsübertragungen durch Volksabstimmungen auf Bundesebene abgestimmt werden. Dieses soll insbesondere für Vertragsänderungen gelten, welche die Verfassung inhaltlich ändern oder ergänzen. Für erforderliche Vertiefungsschritte sei die Konventsmethode der richtige Weg. Dort, wo sich eine europäische Zuständigkeit als ineffizient erwiesen hat oder der historische Zweck nicht mehr gegeben ist, tritt die FDP für die Rückübertragung von Hoheitsrechten ein. Wo ein gemeinsames Vorgehen nicht möglich sei, bewirke ein Europa der „verschiedenen Geschwindigkeiten“ politischen Fortschritt, zeitliche Flexibilität und Rücksichtnahme auf besondere nationale Gegebenheiten. Das Instrument der intensiveren Zusammenarbeit soll verstärkt genutzt werden.</p> <p>Die FDP will das Europäische Parlament langfristig zu einem echten Vollparlament mit einem Initiativrecht weiterentwickeln. Grundbedingung hierfür sei eine Reform, die auf eine demokratische Zusammensetzung des Parlaments abzielt. Grundlegend für ein Vollparlament müsse seine demokratische Zusammensetzung sein. Dazu gehöre, dass jede Stimme der Bürgerinnen und Bürger Europas das gleiche Gewicht erhält. Deshalb brauche es ein einheitliches Wahlrecht. Ein echtes Parlament solle über seinen Sitz entscheiden dürfen. Nach Meinung der FDP sei ein Standort in Brüssel ausreichend.</p> <p>Zusätzlich beabsichtigt die FDP, europäische Institutionen besser und effizienter zu gestalten, den Rat der EU zu einer modernen zweiten Kammer weiterzuentwickeln und ein Zurückweisungsrecht des Ministerrates einzuführen. Der Europäische Rat soll abgeschafft werden. Die FDP plädiert für eine Verkleinerung der Europäischen Kommission um mindestens ein Drittel, wie sie im Vertrag von Lissabon schon angelegt ist. Der Ausschuss der Regionen soll zu einer Subsidiaritätskammer weiterentwickelt werden, die Hürden für die Subsidiaritätsrüge seien zu senken und im Rahmen einer Subsidiaritätsklage müsse auch die Frage der Rechtsgrundlage beim EuGH überprüft werden können.</p>
<p>CDU</p>	<p>Die CDU spricht sich für die Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes in Europa aus. Die Europäische Union soll nur tätig werden, wenn sie wirksamer handeln kann als die Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen. Mehr Europa müsse dabei nicht heißen, dass der höchste Standard zum Maßstab für alle wird. Das deutsche Grundgesetz verwehre den direkten Durchgriff des Bundes auf die Kommunen. Dieses soll auch für die EU gelten. Deshalb müssten die nationalen Parlamente enger kooperieren, um sich in den notwendigen Fällen auf eine gemeinsame Position zu einigen.</p> <p>Die CDU sieht die Notwendigkeit einer wirksamen Regulierungsbremse: Wenn eine qualifizierte Zahl nationaler Parlamente eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips feststellt, soll das Europäische Parlament oder die nationalen Regierungen über den Ministerrat ihr Recht wahrnehmen, das Gesetzgebungsverfahren zu beenden.</p> <p>Die Entscheidungsvorgänge der Europäischen Union müssten insgesamt gestrafft und nachvollziehbarer werden. Die CDU will die EU-</p>

	<p>Gesetzgebung vereinfachen und eine unabhängige Gesetzesfolgeabschätzung einführen sowie die Zuständigkeiten zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten – wo nötig – neu ordnen. Die neue Europäische Kommission soll sich bei ihren Gesetzgebungsvorschlägen auf die wirklich notwendigen politischen Aufgaben konzentrieren. Auch das Europäische Parlament und der Ministerrat müssten als Gesetzgeber diesem Ziel folgen. Zur Stärkung einer bürgernahen und demokratisch verfassten Politischen Union müsse eine Rückführung von Zuständigkeiten auf die nationale Ebene möglich sein.</p> <p>Die CDU fordert, dass die neue Europäische Kommission eine begrenzte Zahl von Vizepräsidenten erhält. Bei ihnen sollen die einzelnen Fachzuständigkeiten gebündelt und ihnen die übrigen EU-Kommissare fachlich unterstellt werden.</p> <p>Langfristig will die CDU zu einer Direktwahl des Kommissionspräsidenten kommen. Sie setzt sich für ein europaweit einheitliches Wahlverfahren zum Europäischen Parlament mit einer Sperrklausel ein. Die Entscheidung zur Übertragung von Zuständigkeiten von nationaler auf die europäische Ebene müsse bei den EU-Mitgliedstaaten verbleiben.</p> <p>Ihr Ziel ist es, das Europäische Parlament zu stärken, indem es ein eigenes Initiativrecht erhält. Nicht nur die Kommission, sondern auch die von den Bürgern Europas gewählten Abgeordneten sollen eigene Gesetzesvorschläge einbringen können.</p> <p>Die CDU identifiziert sich als „die Kommunalpartei in Deutschland“. Bundestag, Bundesrat, die Landesparlamente sowie die kommunalen Spitzenverbände sollen im Prozess der europäischen Rechtsetzung rechtzeitig und angemessen beteiligt werden. Sie will ein bürgernahes und kommunalfreundliches Europa mit guter EU-Regionalpolitik, überschaubaren und nachvollziehbaren Regelungen sowie transparenten Abläufen, möglichst wenig Bürokratie und regionale Förderpolitik. Die Bedeutung des „Ausschusses der Regionen“ (AdR) will die Partei stärken. Es gelte, die Teilhabe und Mitwirkung des AdR an den Entscheidungsprozessen der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlamentes zu intensivieren.</p> <p>Die CDU zieht im Falle europäischer Regelungsnotwendigkeit EU-Recht zwischenstaatlichen Vereinbarungen vor.</p>
CSU	<p>Die CSU spricht sich für ein Europa aus, das sich auf die großen europäischen Herausforderungen konzentriert und zugleich mehr die Länder und Regionen respektiert.</p> <p>Sie will Volksabstimmungen in Deutschland über wichtige europäische Entscheidungen.</p> <p>Die CSU fordert, dass in den EU-Institutionen mehr Deutsch gesprochen wird.</p>
SPD	<p>Die SPD will eine Politik für Europa, die nur das regelt, was nicht lokal, regional und national besser geregelt werden kann. Dort, wo es allerdings auf gemeinsame europäische Antworten ankommt, brauche es ein handlungsfähiges Europa mit starken demokratischen Institutionen. Die EU und ihre Organe sollen sich auf das wirklich Wesentliche konzentrieren, die europäische Gesetzgebung müsse einem „Bürokratie-Check“ unterzogen werden. Um die Handlungsfähigkeit der EU auch in Bereichen zu steigern, in denen nicht von vornherein alle EU-Staaten zu Fortschritten bereit sind, solle das Instrument der intensiveren Zusammenarbeit stärker genutzt werden.</p>

	<p>Die SPD besteht zusätzlich darauf, die EU-Kommission zu reformieren. Dazu gehöre, der Kommission eine Struktur zur Verbesserung der entscheidungsorientierten Arbeitsfähigkeit zu geben. Und hierzu zähle auch der Ausbau der Europäischen Kommission zu einer wahren EU-Regierung, die dem Europäischen Parlament vollständig verantwortlich ist. Zur Stärkung der europäischen Demokratie will die SPD, dass dem Europäischen Parlament ein Initiativrecht in der Gesetzgebung und das volle Budgetrecht zugestanden werden.</p> <p>Die SPD beabsichtigt, einen europäischen Zukunftskongress zu initiieren, der jenseits der Tagesaktualität Anhaltspunkte über die Zukunft der EU entwickelt. Dieses müsse eine der ersten Maßnahmen der neuen EU-Kommission sein.</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke verfolgt das Ziel, die EU zu einer Solidargemeinschaft zu entwickeln. Sie setzt sich für einen Neustart der EU und ihrer Institutionen ein, um die Richtung der Europäischen Integration zu verändern. Die Demokratie müsse auf allen Ebenen gestärkt werden.</p> <p>Die Linke will ein Europäisches Parlament, das gleichberechtigt mit dem Europäischen Rat entscheidet. Es soll generell erweiterte Rechte erhalten, vor allem ein eigenständiges, vertraglich gesichertes Initiativrecht für Gesetzgebungsvorhaben. Sobald ein Politikbereich in die Kompetenz der Europäischen Union überführt wird, müsse das Parlament ein Mitentscheidungsrecht erhalten. Für die bereits vergemeinschafteten Bereiche sei dieses nachzuholen. Das Europäische Parlament soll die Europäische Kommission und deren Präsidenten vorschlagen und wählen.</p> <p>Die Linke fordert, dass die Menschen in der EU über Volksentscheide konkrete EU-Politik mitgestalten können. In der gesamten EU soll mittels Volksentscheid am selben Tag über eine EU-Verfassung entschieden werden können.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das Bündnis 90/Die Grünen streiten für mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und mehr Macht für die Parlamente – vor Ort, in den Ländern, im Bund und auf europäischer Ebene. Sie fordern einen demokratisch legitimierten europäischen Konvent, der die Überarbeitung der europäischen Verträge vorbereiten und diskutieren sollte, wie Vertragsveränderungsverfahren vereinfacht werden können. Über die Ergebnisse soll in einem europaweiten Referendum abgestimmt werden. Auch will die Partei die Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte durch eine europäische Bürgerinitiative stärken.</p> <p>Das Bündnis 90/Die Grünen fordern ein Europäisches Parlament, das auf Augenhöhe mit Rat und Kommission steht – durch ein eigenes Initiativrecht für Gesetze, durch die volle Beteiligung an der Gesetzgebung in allen Politikbereichen und durch das Recht, selbst über den Sitzungsort und -kalender zu entscheiden. Auch bei internationalen Verträgen sollen die Mitwirkungsrechte des Parlaments gestärkt werden. Die Partei will an der Verkleinerung der Kommission festhalten. Sie setzt sich für eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Parlamente ein.</p> <p>Das Bündnis 90/Die Grünen fordern mehr Transparenz durch striktere Lobbykontrollen.</p>
Alternative für Deutschland (AfD)	<p>Die AfD will eine EU souveräner Staaten. Einen europäischen Bundesstaat nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika lehnt sie ab. Die AfD setzt sich dafür ein, die Kompetenzverteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip zu überprüfen und eine Rückgabe von Kompetenzen an die einzelnen Länder durchzusetzen. Die deutsche Sprache müsse als</p>

Ausdruck des Gewichts Deutschlands in der EU als gleichwertige Verhandlungs- und Verfahrenssprache akzeptiert werden.

Die AfD fordert ein wirksames Vetorecht der nationalen Parlamente gegen Entwürfe von Gesetzgebungsakten der EU-Organe. Sie fordert zudem die Einrichtung eines Subsidiaritäts-Gerichtshofes, vor dem Bürger und Institutionen gegen mögliche Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips klagen können. Der Subsidiaritäts-Gerichtshof soll außerdem unabhängig vom EuGH sein. Die Rechtsgrundlage des EuGH müsse grundlegend verändert werden.

Die AfD setzt sich für mehr direkte Demokratie und eine stärkere Beteiligung der Bürger an wichtigen Entscheidungen ein. Sie verfolgt die Wiederherstellung von Vertragstreue und Rechtsstaatlichkeit. Die AfD fordert ein Vetorecht der Nettozahler und ein „Bürger-Veto“, mit dem innerhalb einer bestimmten Frist mit einem definierten Quorum eine EU-Gesetzgebung in dem jeweiligen Mitgliedstaat blockiert werden könne.

Die AfD stehe für die Beendigung des doppelten Parlamentssitzes in Brüssel und in Straßburg, die Reduzierung der Anzahl der EU-Kommissare auf die Bereiche der Kernkompetenzen, die Halbierung der Anzahl der EU-Beamten sowie die Reduzierung der steuerlichen Vergünstigungen für EU-Beamte, EP-Abgeordnete, Richter und andere EU-Amtsträger. Darüber hinaus fordert sie eine Senkung der Ausgaben des EU-Haushalts.

Sie fordert einen Verzicht auf die Zeitumstellung und Beibehaltung der Winterzeit.

FDP	<p>Die FDP steht für eine liberale Finanz- und Wirtschaftspolitik in Europa: Die Europäische Union müsse nach marktwirtschaftlichen und demokratischen Grundsätzen gestärkt werden, um Risiko und Haftung, um Entscheidungsfreiheit und Verantwortung wieder zusammenzuführen. Handeln und Haften müssten miteinander verbunden sein.</p> <p>Sie lehnt eine europäische Steuersatz-Harmonisierung ab. Der Wettbewerb sei notwendig für dauerhaft niedrige und gerechte Steuern, die sich nicht an den höchsten Steuersätzen in der Europäischen Union orientieren. Voraussetzung für diesen Steuerwettbewerb müsse aber sein, dass jeder auch seine Steuern zahlt. Durch eine einheitliche Bemessungsgrundlage soll eine gleichmäßige und effiziente Steuererhebung ermöglicht werden. Mit Nicht-EU-Staaten will die FDP (anstelle von Ankäufen von Steuer-CDs) mittels Steuerabkommen auf dem Verhandlungswege die Steuererhebung sicherstellen.</p> <p>Die FDP betont, dass Europa dringend Wachstumsimpulse benötige. Dabei ginge es nicht um Wachstum „auf Pump“ – die FDP lehnt schuldenfinanzierte Konjunkturpakete ab. Vielmehr gelte es, bestehende Instrumente besser zu nutzen und durch die Erschließung neuer Märkte Wachstum zu schaffen. Die FDP sieht Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als Hauptziele der EU-Förderung. Die EU-Struktur- und Kohäsionsfonds sollten deshalb noch stärker als bisher auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere auf die Existenzgründung, die Förderung von Innovation, Forschung und Entwicklung und den Technologietransfer von und für kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet werden.</p> <p>Europäische Subventionen sollen zurückgefahren werden; die europäische Strukturpolitik bedürfe einer Neustrukturierung. Die Mittel der europäischen Strukturfonds seien degressiv zu gestalten und laufend auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen. Der Haushalt der EU sei schuldenfrei und solle es auch bleiben; am Verschuldungsverbot der EU müsse deshalb festgehalten werden. Die Bestrebungen der Europäischen Kommission, eigene Steuern zu erheben, lehnt die FDP ab.</p> <p>Die FDP spricht sich gegen die Forderung aus, dass Mitgliedstaaten ihre Schulden in Form eines Altschuldentilgungsfonds oder durch Eurobonds auf Europa übertragen. Vielmehr müssten mittelfristig weitere Schritte zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik ins Auge gefasst werden.</p> <p>Die FDP setzt sich für eine Stabilitätsunion ein. Auf dem Weg zu einer echten Stabilitätsunion müsse erreicht werden, dass schwerwiegende und andauernde Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt durch wirksame Sanktionen geahndet werden können. Daher müssten die Sanktionen bei einem abgeschlossenen Defizitverfahren automatisiert werden. Die FDP steht für eine starke Rolle der Europäischen Kommission in der Überwachung solider Finanzen in den Mitgliedstaaten. Die Partei will, dass die EU-Mitgliedstaaten auch in Zukunft ihre Budgethoheit behalten und nicht aus der Eigenverantwortung zu sorgfältigem Haushalten entlassen werden. Einen direkten oder politischen Zugriff der EU-Kommission auf die Mittel des ESM lehnt die FDP ausdrücklich ab. Sie fordert, dass die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien der Stabilitätsgemeinschaft – insbesondere der Ausschluss einer Verpflichtung</p>
-----	--

	<p>zur gegenseitigen Budgethilfe der Euro-Staaten (No-Bail-Out-Klausel) wieder vollständig etabliert werden. Die FDP will den ESM zurückfahren, damit er nicht zur dauerhaften Finanzierung von Staatsschulden einzelner Euro-Zonen-Mitglieder missbraucht wird. Die Ausleihkapazität des ESM soll kontinuierlich wieder zurückgeführt werden, wenn die Schuldentragfähigkeit der einzelnen Staaten erreicht ist.</p>
CDU	<p>Die CDU spricht sich für eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik aus. Sie steht für einen gemeinsamen EU-Binnenmarkt von Euroländern und Nicht-Euroländern. Die notwendige Vertiefung der wirtschaftspolitischen Abstimmung in der Euro-Zone erfordere Anpassungen der Verträge. Auch sollen neue deutsch-französische Technologieprojekte von der Weltraumforschung bis zur Weiterentwicklung des Schnellbahnnetzes entwickelt werden. Außerdem verfolgt die Partei eine Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehung zu Polen.</p> <p>Die CDU steht für europaweit einheitliche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen und gegen die Abschottung von Märkten und Branchen. Sie fordert den Abbau von Subventionen, die den Wettbewerb verzerren. Ausnahmeregelungen bei den Strompreisen für energieintensive Unternehmen in Deutschland, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssten jedoch möglich bleiben. In der Energiepolitik will die CDU innereuropäische Unterschiede berücksichtigen.</p> <p>Nach Auffassung der CDU müsse bei der Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens im Jahr 2016 der Schwerpunkt des EU-Haushaltes nach Auffassung der CDU stärker auf Wachstum, Beschäftigung und Innovation gesetzt werden. Die Partei setzt sich dafür ein, dass der im Jahr 2012 geschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung umgesetzt wird.</p> <p>Die CDU plant, die transeuropäischen Netze durch weitere gezielte Investitionen aus öffentlich-privaten Mitteln auszubauen. Verkehrsträger sollen besser miteinander verknüpft werden. Auch will sich die Partei dafür einsetzen, dass für die intelligente Vernetzung und Verkehrssteuerung eine gemeinsame Datenbasis der Verkehrsträger bereitgestellt wird. Die CDU steht darüber hinaus für die Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Schifffahrt und Häfen und der Beseitigung von Kapazitätsengpässen im Rahmen der transeuropäischen Verkehrsnetze.</p> <p>Mit dem Ziel eines reibungslosen europäischen Güter- und Personenverkehrs setzt sich die CDU für eine technische Harmonisierung ein. Notwendig seien die bessere Abstimmung der Streckenvergabe durch die EU-Mitgliedstaaten, unabhängige Regulierungsbehörden in allen EU-Ländern und transparente Vorschriften für die Berechnung der Trassenpreise. Alle Bahnunternehmen sollen uneingeschränkten Zugang zu den Märkten haben – bei Aufrechterhaltung der Deutschen Bahn AG als integrierten Konzern. Zum Ausbau der Verkehrsnetze will die CDU beim Thema Lärmschutz einen besonderen Schwerpunkt setzen.</p> <p>Die CDU fordert darüber hinaus eine schnelle Realisierung des Einheitlichen Europäischen Luftraums. Dieser würde die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Luftverkehrs und seiner 43 großen Drehkreuze stärken.</p> <p>Auf dem Weg zu einem vernetzten Kontinent will die CDU den Weg in Richtung eines Binnenmarktes für Telekommunikation weiter gehen. Die Vorschläge der EU-Kommission, wie die Sicherung der Netzneutralität sowie der Ausbau des mobilen Internets, seien wei-</p>

	<p>terzuentwickeln. Die Ziele der „Digitalen Agenda“ sollen erreicht werden. Schwerpunkte werden bei den Themen E-Health, intelligente Mobilität, vernetzte Städte und altersgerechte Assistenzsysteme gesetzt und würden durch das europäische Forschungsprogramm „Horizon 2020“ unterstützt. Zur Stärkung der digitalen Wirtschaft sollen Gründungen in diesen Branchen gefördert werden.</p> <p>Zum Abbau von Bürokratie fordert die CDU, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft werde, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden könnten. Mit einem unabhängigen EU-Normenkontrollrat will die Partei nicht nur die Kosten neuer Gesetzgebungsvorschläge, sondern ebenso die möglichen Einsparungen messen. Sie setzt sich außerdem für die Schaffung einer Europäischen Privatgesellschaft („Europa-GmbH“) ein, für die europaweit einheitliche Regeln gelten. Zur Unterstützung von Jungunternehmern will die CDU für das „Crowdfunding“ einen europaweit sicheren Rechtsrahmen entwickeln.</p> <p>Die CDU will den Kampf gegen Steuerbetrug und Steuervermeidungsstrategien weiterhin entschlossen verfolgen. Sie sieht hierbei die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit in Europa und will einen automatisierten steuerlichen Informationsaustausch zwischen allen europäischen Staaten und international etablieren. Für eine effiziente Strafverfolgung bei grenzüberschreitenden Finanzdelikten sei die Voraussetzung, dass die nationalstaatliche Strafverfolgung die Regel bleibt. Die CDU will Doppelstrukturen vermeiden. Gestaltungsmöglichkeiten im Steuerrecht seien zu reduzieren. Europäische Regelungen zur Verbesserung und Vereinfachung des Steuerrechts werde die CDU vorantreiben, insbesondere durch eine europaweite Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage.</p> <p>Die CDU plant, Handelsbeschränkungen weltweit abzubauen und den internationalen Freihandel zu stärken. Sie will die Fortführung der „Doha-Runde“ zur weiteren Öffnung der Märkte und einer stärkeren Einbeziehung der Entwicklungsländer in den Welthandel. Der EU-Binnenmarkt soll um eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA erweitert werden.</p> <p>Eine Schulden- bzw. Transferunion sowie Eurobonds, Schuldentilgungsfonds sowie steuerfinanzierte Bankenabwicklungsfonds lehnt die CDU ab. Sie spricht sich gegen die Vergemeinschaftung von Schulden aus. Die Möglichkeiten der Europäischen Kommission zur Kontrolle der nationalen Haushalte und der Schuldenentwicklung wolle die CDU weiter stärken. Die Kommission müsse Haushalte, die nicht den EU-Schuldenkriterien entsprechen, zurückweisen können.</p> <p>Die neuen Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Europäischen Fiskalvertrags müssten entsprechend der Forderung der CDU konsequent durchgesetzt werden. Verstöße gegen die vereinbarten Grenzwerte würden mit Sanktionen belegt. Die CDU betont hierbei die Notwendigkeit einer stärkeren Abstimmung in der Wirtschaftspolitik der Euroländer, um eine dauerhaft krisenfeste Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen. Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Länder müssten mithilfe von Reformen abgebaut werden.</p>
CSU	Die CSU spricht sich für ein Europa aus, das wirtschaftliche Stärke befördert, Arbeitsplätze schützt und Zukunftstechnologien gemeinsam voranbringt.
SPD	Die SPD verfolgt das Ziel, dass Europa die treibende Kraft für eine neue Ordnung der Finanzmärkte wird. Jene führt sie auf ihre die-

	<p>nende Funktion gegenüber der Gesellschaft und der realen Wirtschaft zurück.</p> <p>Sie fordert eine handlungsfähige Banken-Union: Die Banken-Union, die sich aus der gemeinsamen Aufsicht, einem Mechanismus zur Bankenabwicklung und einem System der Einlagensicherung zusammensetzt, sei eine wichtige Voraussetzung dafür, dass künftig Bankenpleiten auf Kosten von Steuerzahlern vermieden werden können. Sie will einen zügigen Aufbau eines einheitlichen europäischen Abwicklungsfonds für die systemrelevanten grenzüberschreitenden Banken, der perspektivisch vollständig durch Bankenabgaben finanziert werden solle. Die SPD will bessere Regeln für Banken und Finanzmärkte: Die vereinbarten strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken müssten noch weiter ergänzt werden. Die SPD beabsichtigt gerade auch auf europäischer Ebene eine deutlichere Einschränkung riskanter Geschäfte und eine striktere Trennung von Investment- und Geschäftsbanking.</p> <p>Zusätzlich spricht sich die SPD für eine striktere Regulierung von Rating-Agenturen aus. Das Gewicht ihrer Ratings bei der Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen und Finanzprodukten müsse weiter reduziert werden. Die SPD will außerdem die Gründung europäischer Ratingagenturen fördern.</p> <p>Die SPD betont die Wichtigkeit einer Besteuerung von Spekulationsgeschäften. Die Finanztransaktionssteuer müsse daher zügig mit niedrigem Steuersatz und breiter Bemessungsgrundlage umgesetzt werden.</p> <p>Die SPD fordert eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer und die Einführung eines Mindeststeuersatzes. Aufsichtsbehörden sollten Finanzinstituten, die am Steuerbetrug mitwirken oder diesen erleichtern, die Banklizenz entziehen können. Zusätzlich müsse der Rat die überarbeitete EU-Zinssteuerrichtlinie endlich annehmen und perspektivisch auf alle Kapitaleinkünfte sowie alle juristische Personen ausweiten.</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke fordert einen EU-weiten Mindeststeuersatz für Unternehmen mit breiten und einheitlichen Bemessungsgrundlagen. Um Steuerflucht wirksam zu bekämpfen, will sie in der EU die Steuerpflicht der Bürgerinnen und Bürger an die Staatsbürgerschaft binden. Doppelbesteuerungsabkommen mit unkooperativen Staaten seien zu kündigen und ggf. Steuern direkt an der Quelle zu erheben, um Steuertricks von Konzernen, wie die konzerninterne Verschiebung von Gewinnen und Verlusten, zu unterbinden. Banken, die in Steueroasen operieren, sei die Lizenz zu entziehen.</p> <p>Der EU-Haushalt soll vom Parlament allein beschlossen werden und bis zu 3 Prozent des Brutto-Nationaleinkommens (derzeit: 1,23 Prozent) der EU betragen können, um das Parlament aufzuwerten und soziale Politik auf EU-Ebene beschließen zu können. Statt komplexer Rabattsysteme für reiche EU-Mitgliedstaaten müsse die Mittelverteilung nach der Notwendigkeit und den realen Erfordernissen der Regionen erfolgen. Es sollten stärkere Eigeneinnahmen der EU gewährt werden. Kürzungen bei der Regional- und Strukturpolitik im EU-Haushalt müssten zurückgenommen werden. Deutschlands Regionen benötigen nach Auffassung der Linken auch weiterhin Strukturhilfen der EU. Die EU-Haushaltspolitik müsse solidarisch und berechenbar gestaltet werden, es dürften keine Haushaltsmittel für die Rüstungsforschung und Sicherheitsindustrie zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Auch Energieeffizienz und eine Energiepolitik, die auf erneuerbare Energien setzt, müssten gefördert werden. Andere Energiemodelle</p>

bedürften keiner Förderung. Für die Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik müssten mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Linke strebe ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zwischen den Mitgliedstaaten der EU und gegenüber dem Rest der Welt an, um neue Schulden- und Währungskrisen zu verhindern. Staaten, die einen großen Überschuss an Exporten haben, müssten diesen zurückfahren. Besonders dauerhafte Exportüberschüsse innerhalb der EU müssten sanktioniert werden, um den Strukturwandel in den Krisenstaaten zu finanzieren und dort eine expansive Wirtschaftspolitik zu unterstützen (Ausgleichsunion).

Die Linke fordert eine Reform der Europäischen Währungsunion (EWU), indem außenwirtschaftliche Gleichgewichte zwischen den Mitgliedern der EWU als Ziel verankert werden und auf Überschuss- und Defizit-Länder entsprechend Druck zur Anpassung gerichtet werde. Sie will einen Ausgleichs-Fonds einrichten. Wenn die genannten Reformen ausblieben, würden Kompensationszahlungen fällig. Das gelte auch, wenn Kosten für Bildung und Ausbildung auf andere Staaten ausgelagert würden, indem qualifiziertes Fachpersonal aus anderen Ländern abgeworben wird. Aus dem Ausgleichs-Fonds würden dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur und wirtschaftlichen Aufbau finanziert.

Darüber hinaus will die Linke eine verbindliche europäische Mindestlohnregelung in Höhe von 60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittslohns. Diese könne gesetzlich oder tarifvertraglich auf nationaler, regionaler oder Branchenebene gewährleistet werden - müsse aber in jedem Mitgliedstaat allen Beschäftigten einen existenzsichernden Lohn garantieren. Sie fordert auch eine Begrenzung und drastische Verkürzung von (Höchst-)Arbeitszeiten. Die Ausnahmeregelungen und Lücken in der EU-Arbeitszeitrichtlinie müssten beseitigt werden. Die Linke fordert, eine allgemeine verbindliche Höchstarbeitszeit von zunächst 40 Stunden wöchentlich festzusetzen. Ferner setzt sie sich für ein Verbot der Leiharbeit und den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für Mann und Frau“ ein.

Die Linke sieht die Krise in Europa und ihre Folgen auch als das Ergebnis einer falsch ausgerichteten Konzeption der Europäischen Union. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht gäbe es eine umfassende neoliberale Ausrichtung, lägen die Schwerpunkte auf der Freizügigkeit des Kapitals und auf Wettbewerbsvorteilen der wirtschaftlich starken Länder. Auch wenn die Europäische Währungsunion große Konstruktionsfehler enthalte, tritt die Partei nicht für ein Ende des Euro ein. Voraussetzung für dessen Fortbestand sei, dass der Kurs der Kürzungspolitik (Austerität) beendet werde.

Die Eurokrise will die Linke bekämpfen durch den Abbruch der Kürzungspolitik der Troika und einen sofortigen Kurswechsel in der Eurokrisenpolitik. Länder, die Mittel erhalten, müssten hohe Vermögen und Spitzeneinkommen besteuern bzw. mit Abgaben belegen; Kredite sollten mit einer Sozialstaatsgarantie verbunden werden: Lohn- und Rentenkürzungen sowie der Abbau von Sozialleistungen würden ausgeschlossen. Die Kreditvergabe sei auch an soziale Teilhabeinvestitionen zu binden. Das Bankensystem müsse saniert und private Großbanken vergesellschaftet, streng reguliert und wie die Sparkassen dem Gemeinwohl verpflichtet werden. Die Ausgaben für Militär und Rüstung müssten perspektivisch auf Null sinken. „Steuerdumping“ für Unternehmen müsse unterbunden werden.

Darüber hinaus fordert die Linke einen Schuldenaudit (Überprüfung der Legitimität des Schuldenbestands) und einen substanziellen Schuldenschnitt für illegitime Schulden; Staaten sollten sich auch bei der EZB in einem festgelegten Rahmen günstig finanzieren kön-

	<p>nen. Der Schuldenstand bei überschuldeten Staaten soll durch eine kombinierte Anwendung von Schuldenschnitt und Millionärsabgabe auf Vermögen gesenkt werden. Die Ungleichgewichte in der Euro-Zone sollten durch solidarische Regeln vermieden werden. Dazu gehöre unter anderem eine effektive Koordinierung der Lohn- und Steuerpolitik. Außerdem zähle ein europäischer Ausgleichsmechanismus dazu, bei dem die Handelsungleichgewichte innerhalb der Euro-Zone berücksichtigt und ausgeglichen werden. Auch fordert die Linke gemeinsame EU-weite Mindestsätze bei der Unternehmensbesteuerung und für eine EU-weite Vermögensabgabe.</p>
<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p>	<p>Das Bündnis 90/Die Grünen wollen wirtschaftlichen Fortschritt „neu denken“. Die Partei stehe für ein weiterentwickeltes Wachstumsverständnis, bei dem neben dem BIP noch weitere soziale und ökologische Kriterien eingeführt würden, die den Wohlstand einer Gesellschaft messen.</p> <p>Sie fordert mehr Transparenz für die ökologischen und gesellschaftlichen Kosten wirtschaftlichen Handelns, um die externen Kosten besser einpreisen zu können.</p> <p>Mit dem „Green New Deal“ will die Partei ein europäisches Investitionsprogramm, das gerade in den Staaten unter dem Euro-Rettungsschirm die ökologische Modernisierung und die Energiewende voranbringe und so neue Jobs und Zukunftsperspektiven schaffe.</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen lehnen eine Absenkung der ökologischen und sozialen Standards, wie sie mit den intransparenten Verhandlungen zwischen der EU und den USA über das transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen drohe, ab.</p> <p>Die Partei will eine starke europäische Industrie, die schonend mit Ressourcen umgeht und emissionsarm produziert. Sie setzt sich dafür ein, bei der Investitionsstrategie der Europäischen Investitionsbank (EIB) klare Prioritäten für Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur zu erwirken, damit sie stärker zum Motor der ökologischen Modernisierung werde.</p> <p>Das Bündnis 90/Die Grünen fordern Reformen des EU-Unternehmerrechts, um Anreize zu nachhaltigem, partizipativen und sozial ausgewogenen Unternehmensentscheidungen zu setzen: Geschlechtergerechtigkeit durch die Sicherung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“, Quotenregelungen, Steuertransparenz, verbindliche soziale und ökologische Ziele für Unternehmen sowie Stärkung der Mitarbeiterbestimmungen.</p>
<p>Alternative für Deutschland (AfD)</p>	<p>Die AfD bejaht den Binnenmarkt als größte Errungenschaft der EU. Nach Auffassung der AfD ist Wirtschaftspolitik eine Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten. Die AfD ist dafür, auch bisher geschützte Wirtschaftsbereiche dem Wettbewerb zu öffnen. Unberechtigte Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Europäischen Binnenmarkt müssten aufgehoben werden. Wettbewerbsverfahren und -entscheidungen sollen der Kommission entzogen und auf eine unabhängige europäische Wettbewerbsbehörde übertragen werden.</p> <p>Die AfD wendet sich gegen europäische Bestrebungen, den Meisterbrief abzuschaffen.</p> <p>Sie lehnt jegliche Sanktionierung von Handelsbilanzüberschüssen ab.</p>

	<p>Die AfD fordert die Rückkehr zu einer Stabilitätsunion, in der jedes Land für seine Finanzpolitik selbst verantwortlich ist. Sie fordert ein deutsches Veto gegen weitere Hilfskredite des ESM. Der ESM sei aufzulösen. Das EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen sei sofort zu beenden, der EZB der Ankauf von Staatsanleihen generell zu untersagen. Im Falle einer Beendigung oder Verkleinerung der Währungsunion müsse gesichert sein, dass die Goldbestände der Bundesbank nicht als Pfand zurückgehalten werden könnten. Sie seien deshalb zügig nach Frankfurt zurückzuführen. Die Mitgliedstaaten der Euro-Zone sollten sich auf ein verbindliches staatliches Insolvenzverfahren einigen. Finanzielle Folgen von Misswirtschaft sollten zunächst durch eine Solidaritätsabgabe der Vermögenden in den jeweiligen Ländern reduziert werden.</p>
--	--

Euro und Banken

FDP	<p>Eine Staatsfinanzierung durch die Notenpresse der EZB lehnt die FDP ab. Die vertraglich fixierte Verantwortung der EZB für die Geldwertstabilität müsse auch in Zukunft vorrangiges Ziel bleiben.</p> <p>Die FDP fordert ein Insolvenzrecht für Staaten innerhalb der Euro-Zone, ohne dass sie damit zugleich ihre Mitgliedschaft in der EU verlieren. Wenn Staaten aus der Euro-Zone austreten wollen, solle das künftig möglich sein, ohne dass sie damit zugleich ihre Mitgliedschaft in der EU verlieren. Wollen sie in die Euro-Zone zurückkehren, müssten sie die zum Zeitpunkt ihrer Rückkehr geltenden Bedingungen erfüllen.</p> <p>Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Ankauf von Staatsanleihen durch Finanzinstitute innerhalb der Euro-Zone entsprechend der Risikogewichtung (Rating) mit Eigenkapital unterlegt werden muss und dass gefährliche, weil im Verhältnis zum Eigenkapital der Bank zu hohe, Anleihekäufe aus einzelnen Staaten verboten werden (Verbot der Risiko-Klumpenbildung). Eine Finanztransaktionssteuer, die als indirekte Steuer (vergleichbar etwa der Mehrwertsteuer) letztlich nur die Unternehmen und Sparer belasten würde, lehnt die FDP als ungeeignete Maßnahme ebenso ab wie eine Zerschlagung von Banken, die das bewährte deutsche Universalbankenprinzip gefährden würde.</p>
CDU	<p>Die CDU will Euroländer unterstützen, die aus eigener Kraft nicht aus der Krise kommen. Dabei handle sie jedoch nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“: Jedes Land sei zunächst selbst gefragt, bevor es Unterstützung aus dem Rettungsschirm erhalten kann. Voraussetzung sei zudem, dass das Land langfristig seine Schulden allein tragen kann. Hilfen dürften nach Auffassung der CDU nur im Gegenzug zu strikten Auflagen gewährt werden. Dazu gehöre die Pflicht, Schuldenberge abzubauen und die eigene Wettbewerbsfähigkeit durch Reformen und Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Technologie zu steigern. Die Troika aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds solle die Länder bei ihren Reformanstrengungen weiterhin unterstützen und überwachen.</p> <p>Die CDU bekennt sich bezüglich der Finanzmarktregulierung zum Grundsatz, dass riskante Finanzmarktgeschäfte auch angemessen verantwortet werden müssen. Sie will Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt schaffen.</p> <p>Nach Vollendung der Bankenunion werde es in Europa einheitliche Regeln für große Banken geben, bis hin zu deren Abwicklung im Krisenfall. Für die Überwachung und Durchsetzung der Regeln werden europäische Institutionen geschaffen. Ein einheitlicher europäischer Abwicklungsmechanismus soll in Schieflage geratene Banken so schließen, dass es keine Ansteckungsgefahr für das Finanzsystem als Ganzes gibt. Zuerst müssten Manager, Bankeigentümer und große Anleger in angemessenem Umfang herangezogen werden. Reiche das nicht aus, springe ein Abwicklungsfonds ein, in den die Banken zuvor selbst eingezahlt haben.</p> <p>Die CDU verfolgt das Ziel, europa- und weltweit eine Finanztransaktionssteuer durchzusetzen. Dabei gelte es, die Auswirkungen der</p>

	Steuer auf Instrumente der Altersversorgung, auf die Kleinanleger sowie die Realwirtschaft zu bewerten und negative Folgen zu vermeiden.
CSU	Die CSU fordert, dass jedes Mitglied der Euro-Zone dauerhaft die Stabilitätskriterien erfüllen müsse. Andernfalls solle dieses Land die Möglichkeit haben, die Euro-Zone zu verlassen.
SPD	Die SPD spricht sich für die Einführung der Finanztransaktionssteuer aus. Sie will die gemeinsame Währung stärken. Sie fordert eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen, eine Revision der Grundsatzverträge der EU, über die in allen EU-Mitgliedstaaten Volksabstimmungen abgehalten werden müssen sowie die Förderung von Wohlstand und Wohlfahrt für alle.
DIE LINKE	<p>Die europäische Banken-Union in ihrer beschlossenen Form lehnt die Linke ab. Sie fordert eine grundlegende Regulierung des europäischen Banken- und Finanzsektors. Eigentümer und Gläubiger müssten für ihr privates Geschäftsrisiko haften. Jede Bank in Europa müsse auch abgewickelt werden können. Die Partei fordert im Pleitefall eine kontrollierte Insolvenz maroder (Groß-)Banken. In diesem Verfahren müssten zunächst die Eigentümer und dann die Gläubiger für die Verluste der Bank herangezogen werden. Die Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparer sowie gewerbliche Kredite seien dabei öffentlich abzusichern.</p> <p>Die Linke fordert die Einführung eines „Finanz-TÜVs“, der die Geschäftspraktiken der Finanzbranche und sämtliche angebotene Finanzprodukte prüft und vor der Einführung genehmigt. Die geltenden Eigenkapitalquoten für Banken (Basel III) müssten deutlich erhöht werden. Schattenbanken wie außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssten aufgelöst werden bzw. die Verbindung zu Schattenbanken im Ausland gekappt werden. Dagegen seien kommunale und genossenschaftliche Geldinstitute gezielt zu unterstützen. Private Großbanken will die Linke in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung überführen. Sie steht für die Schaffung einer öffentlichen europäischen Rating-Agentur. Die EZB dürfe nicht nur für Preisstabilität zuständig sein, sondern müsse gleichrangig auf die Förderung von nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung verpflichtet werden. Sie müsse durch das Europäische Parlament demokratisch kontrolliert werden.</p> <p>Weiter fordert die Linke eine Bankenabgabe, um den europäischen Bankensektor gezielt an den Krisenkosten zu beteiligen. Der Kampf gegen Steuerflucht müsse verschärft werden. Instrumente hierfür seien automatische Meldepflichten für Banken, die Möglichkeit, verdächtige Guthaben einzufrieren, der Entzug von Banklizenzen für nicht kooperative Banken und eine verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung und durch Kapitalverkehrskontrollen. Die öffentliche Kreditaufnahme müsse von den Finanzmärkten befreit werden. Die EZB soll die Staaten in der Euro-Zone in einem festgelegten Rahmen direkt finanzieren. Als einen ersten Schritt fordert die Linke die Gründung einer europäischen Bank für öffentliche Anleihen. Um die Finanzspekulation gegen einzelne Euro-Mitgliedstaaten zu verhindern, will die Partei gemeinsame Staatsanleihen aller Euro-Staaten (Eurobonds) einführen.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten für eine Europäische Bankenunion und fordern eine gemeinsame europäische Finanzpolitik.</p> <p>Für die Partei sei die Schaffung einer – unabhängigen – europäischen Abwicklungsbehörde und eines bankenfinanzierten Abwick-</p>

	<p>lungsfonds für „kranke“ Banken ein sehr wichtiger Schritt.</p> <p>Neben einer Schuldenbremse will sie auch eine Größenbremse für Banken. Für besonders große und systemrelevante Institute soll entsprechend eine strengere Schuldenbremse für Banken und daher höhere Eigenkapitalanforderungen gelten.</p> <p>DAS BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern außerdem ein Trennbankensystem, das eine strikte Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken sicherstelle.</p> <p>Sie wollen außerdem eine einfache aber harte Eigenkapitalquote, um das Bankengeschäft auf eine robuste Grundlage zu stellen. Dabei sollen 10 Prozent der risikogewichteten Bilanzsumme als langfristige Zielmarke schrittweise erreicht werden.</p>
<p>Alternative für Deutschland (AfD)</p>	<p>Nach Auffassung der AfD würden die Erfolge der europäischen Einigung durch den Euro immer stärker gefährdet. Die Einheitswährung säe Zwietracht in der Euro-Zone, weil Südeuropa verarme und die Gelder anderer Länder im Norden beanspruche. Die AfD besteht auf der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihre jeweilige Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie lehnt jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab – egal ob in Form von Eurobonds oder gemeinschaftlich finanzierten Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion.</p> <p>Der Euro sei für den Süden Europas sowie für Frankreich überbewertet, eine alternative Währungspolitik sei ein Gebot der Solidarität mit dem Süden Europas. Die AfD plädiert für einen geplanten und geordneten Ausstieg aus dem Einheitseuro und für eine Währungsordnung, in der sich die Währungen den unterschiedlichen Ökonomien anpassen können. Sie fordert eine Auflösung, zumindest aber eine vollständige währungspolitischen Neuordnung des Euro-Währungsgebietes. Jedem Land müsse das Recht eingeräumt werden, den Euro zu verlassen, ohne aus der EU auszuschneiden. Davon sollten die Länder Gebrauch machen, die die Bedingungen der Währungsunion nicht erfüllen können oder wollen. Die stabilitätsorientierten Euroländer sollten unter sich ein kleineres Währungssystem bilden. Wenn keine dieser beiden Lösungen erreicht werden kann, müsse Deutschland den Austritt aus der Euro-Währungsunion anstreben. Beim Austritt aus dem Euro könnten übergangsweise Parallelwährungen eingeführt werden.</p> <p>Die AfD lehnt eine europäische Banken-Union ab und fordert stattdessen die Re-Nationalisierung der Stabilisierungsbemühungen des Bankensektors. Auch die Bankenaufsicht soll in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedsländer liegen. Die AfD fordert die Aufspaltung der Großbanken in kleinere Einheiten und setzt sich für ein bilanzielles Trennbankensystem ein. Banken, die ihr Eigenkapital riskiert und verloren haben, müssten abgewickelt werden. Die AfD plädiert für eine scharfe Bankenaufsicht und -regulierung.</p>

Bürger- und Freiheitsrechte

FDP	<p>Die FDP betont die Chancen, aber auch die Notwendigkeit und Voraussetzung eines guten Datenschutzes für den Erfolg der digitalen Entwicklung. Sie setzt sich ein für die Wahrung der Netzneutralität in der gesamten europäischen Union sowie für den freien Zugang zum Internet und für den größtmöglichen Wettbewerb innerhalb des Netzes.</p> <p>Die Charta der Grundrechte der EU und die Europäische Menschenrechtskonvention müssten in allen EU-Mitgliedstaaten geachtet werden. Die FDP will eine neue Grundwerteinitiative starten, die eine Verteidigung europäischer Grundwerte in den Mitgliedstaaten ermögliche. Es soll eine europäische Vertragsverteidigungsbeschwerde eingeführt werden.</p> <p>Die FDP lehnt jede Form der anlasslosen Vorratsdatenspeicherung ab und fordert die Abschaffung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Auch das geplante europäische Grenzregister lehnt sie ab. Die FDP kämpft dafür, dass die Bankdaten oder Fluggastdaten von Millionen von Europäern nicht anlasslos gesammelt, gespeichert und ohne konkreten Verdacht an Drittstaaten weitergegeben werden können.</p> <p>Sie fordert, die Verhandlungen der EU mit den Vereinigten Staaten von Amerika über ein Freihandelsabkommen mit einem Datenschutzabkommen zu verbinden. Darüber hinaus steht sie für ein europäisches „Anti-Spy-Abkommen“.</p>
CDU	<p>Die CDU setzt sich für die internationale Umsetzung und Wahrung der Menschenrechte ein. Die Bemühungen beruhen auf ihrem christlichen Bild vom Menschen. Die Partei fordert die weltweite Abschaffung der Todesstrafe und das Verbot von Folter. Diese müssten in den europäischen Außenbeziehungen mit Nachdruck verfolgt werden. Das Engagement der CDU gilt weiterhin der Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsverheiratung und des Organhandels. Die Partei tritt weltweit für die Anerkennung der Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein.</p> <p>Die CDU bekennt sich zum Schutz nationaler Minderheiten in der Europäischen Union. Sie begreife die Bewahrung und Förderung von Sprache und Kultur als eine europäische Aufgabe. Insbesondere müssten nationale Minderheiten in die Lage versetzt werden, in ihren angestammten Heimat- und Siedlungsgebieten zu leben, zu arbeiten sowie ihre kulturellen Traditionen zu pflegen ohne diskriminiert zu werden.</p> <p>Die Religionsfreiheit will die CDU als universelles Menschenrecht weltweit voranbringen und die Lage der religiösen Minderheiten, insbesondere auch der Christen, verbessern. Gleichzeitig sei sie solidarisch mit allen anderen diskriminierten religiösen und ethnischen Minderheiten. Zur Vermittlung von Werten in Europa setzt sich die CDU dafür ein, dass Kirchen bei europäischen Gesetzgebungsprozessen besser beteiligt werden, indem sie bessere Informations-, Vorschlags- und Anhörungsrechte erhalten.</p> <p>Die CDU werde weiterhin dafür eintreten, dass auch in der europäischen Forschungspolitik ethisch motivierte Grenzen respektiert</p>

	<p>werden. Sie lehnt das Klonen von Menschen ab und tritt gegen die verbrauchende Embryonenforschung ein. Dort, wo die Europäische Union keine Rechtsgrundlage hat, müssten die ethischen Entscheidungen der Mitgliedstaaten respektiert werden.</p> <p>Die Partei setzt sich für ein friedliches und demokratisches Europa ein. Die zunehmende Globalisierung erfordere europäische Geschlossenheit bei der Vertretung von Werten und Interessen. Deshalb gelte es, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Soziale Marktwirtschaft international durchzusetzen.</p> <p>Das Datenschutzrecht bestrebt die CDU zu reformieren. Die deutschen Schutzstandards will sie dabei erhalten und an die Herausforderungen der digitalen Gesellschaft anpassen. Die Partei verfolgt das Ziel, transatlantische Datenschutzstandards zu vereinbaren, um personenbezogene Daten bei ihrer Übermittlung von Europa in die USA besser zu schützen.</p> <p>Persönliche Kommunikationsdaten müssten einerseits geschützt sein. Zugleich müsse man jedoch in einem rechtlich festgelegten Rahmen Daten für die Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus nutzen dürfen. Angemessene Speicherfristen für Verbindungsdaten seien dafür notwendig. Die CDU spricht sich für die Umsetzung einer entsprechenden EU-Richtlinie aus. Auf europäischer Ebene werde sie darauf hinwirken, die Speicherfrist auf drei Monate zu verkürzen.</p> <p>Die CDU strebt mehr Sicherheit im Bereich der Geodaten und digitalen Navigation durch technologische Unabhängigkeit an. Sie appelliert daran, eigene Kompetenzen im Bereich der Hard- und Software aufzubauen. Die digitale Infrastruktur müsse unabhängiger von außereuropäischem Einfluss und Missbrauch werden. Um die europäischen Kommunikationsverbindungen gegen Massenausspähungen besser zu sichern, fordert die CDU die Einrichtung eines europäischen Routingsystems, die europäische Verarbeitung von Verbindungsdaten sowie den Einsatz von Verschlüsselungstechnologien.</p> <p>Die CDU spricht sich für einen Dialog mit den Bürgern aus, um die notwendigen Lösungen gegen verantwortungslosen Umgang mit persönlichen Daten zu entwickeln. Außerdem wolle sie die Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz in allen Altersgruppen der Bevölkerung stärken.</p> <p>Die CDU stehe für Vielfalt und Qualität in der Medienlandschaft. Meinungs- und Informationsfreiheit seien notwendige Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Die CDU will die Rahmenbedingungen in Europa so gestalten, dass sich die Medienlandschaft bestmöglich entwickeln und ihrem Kulturauftrag nachkommen kann. Sie setzt sich für ein einheitliches Regulierungsniveau und den Abbau von Überregulierung ein. Quantitative Werberegeln etwa will die Partei deregulieren. Weitere Werbeverbote lehnt sie ab.</p> <p>Mediale Vielfalt und journalistische Chancengleichheit im Internet soll auch auf europäischer Ebene sichergestellt werden. Aus diesem Grund setzt sich die CDU für Netzneutralität ein: Bestimmte Daten dürften bei der Durchleitung im Internet nicht bevorzugt werden.</p>
CSU	Die CSU steht für ein Europa, das sich zu seinen christlichen Werten und zu seiner kulturellen und sprachlichen Vielfalt bekennt.

SPD	<p>Die SPD spricht sich für ein umfassendes europäisches Regime zum Datenschutz auf hohem Niveau aus.</p> <p>Die SPD fordert außerdem einen starken Verbraucherschutz.</p> <p>Umfassende Bildung müsse ein Schwerpunkt in den Leitlinien und Empfehlungen der EU sowie in ihren eigenen Programmen sein.</p> <p>Die SPD will soziale Mindeststandards europäisch vereinbaren, um europaweit ein möglichst hohes soziales Schutzniveau zu erreichen.</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke fordert ein Kooperationsverbot von Geheimdiensten und Polizei auf europäischer und nationaler Ebene; geheime Verträge und Zusatzartikel müssten offengelegt werden. Die deutschen und europäischen Datenschutzbeauftragten müssten als unabhängige Kontrollinstanz gestärkt werden. Whistleblower seien gesetzlich vor Auslieferung zu schützen.</p> <p>Die Sammlung und Speicherung von Daten solle beschränkt werden. Europol sammle nicht nur kriminaltechnisch notwendige Daten von Verurteilten und Verdächtigen, sondern auch Informationen von Kontakt- und Begleitpersonen, Lebensweisen und Gewohnheiten, „rassischer“ oder ethnischer Herkunft, politischen Meinungen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugungen oder zur Gewerkschaftszugehörigkeit, die nicht erhoben werden dürften. Abhörmaßnahmen, seien sie von privaten Unternehmen, staatlichen Vertretungen wie Konsulaten und Botschaften oder militärischen Einrichtungen unternommen worden, müssten beendet und entsprechende Horchposten in Europa geschlossen werden. Die Partei setzt sich ein für die Abschaffung von Geheimdiensten.</p> <p>Die geplante Datenschutz-Grundverordnung der EU müsse gegen alle Einflussnahme privater und öffentlicher Lobbyisten gestärkt werden.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für die Einführung der fünften Antidiskriminierungsrichtlinie ein, denn sie würde eine Lücke im europäischen Antidiskriminierungsrecht schließen.</p> <p>Die Partei tritt ein für den Schutz vor Diskriminierung und für volle Gleichberechtigung.</p> <p>Sie kämpfe gegen „Datenschnüffelei“ und für ein starkes Datenschutzrecht in der EU.</p> <p>Sie setzt sich für einen „Europäischen Konvent“ ein, der im Dialog mit Zivilgesellschaft und Sozialpartnern Vorschläge erarbeitet, wie die europäische Demokratie und die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik weiterentwickelt werden sollen.</p>
Alternative für Deutschland (AfD)	<p>Die AfD fordert ein umfassendes Recht des Bürgers, über seine personenbezogenen Daten selbst zu bestimmen. Dieses Recht sichere jedem zu, selbst über Preisgabe, Speicherung, Verwendung und Löschung seiner Daten zu verfügen. Die Partei fordert weiterhin, anlasslose, unkontrollierbare oder das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzende Überwachungsmaßnahmen einzustellen. Dazu gehöre auch die Vorratsdatenspeicherung. Der massenhafte Transfer von Daten europäischer Bürger an die Sicherheitsbehörden der USA und</p>

	anderer nichteuropäischer Staaten sei zu beenden.
--	---

	Auf alle Bestrebungen, den Bargeldverkehr abzuschaffen und durch ausschließliche elektronische Bezahlssysteme zu ersetzen, sei zu verzichten.
--	---

Asylpolitik, Migration und Europäische Integration

FDP	<p>Die FDP spreche sich für ein europaweites System der geregelten Einwanderung aus. Ein solches System würde sich nach den jeweiligen Bedürfnissen richten und für Deutschland diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten bevorzugen, die z.B. durch den Erwerb von Deutschkenntnissen schon gezeigt haben, dass sie bereit sind, sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Dies sollte über ein transparentes Punktesystem nach kanadischem Vorbild erfolgen, wie dies die FDP schon seit langem fordere.</p> <p>Die FDP setze sich für eine europaweite menschenwürdige Regelung des Grundrechts auf Asyl und fordere einen europäischen Verteilerschlüssel, bei dessen Berechnung Bevölkerungsstärke und Wirtschaftskraft eines Landes maßgeblich seien. Bei der Zuweisung der Asylsuchenden könnten aber auch Kriterien wie familiäre Bindungen oder Sprachkenntnisse berücksichtigt werden um die Integration zu unterstützen. Wer einen Asylantrag gestellt hat, solle aber auch arbeiten dürfen, um seinen wirtschaftlichen Beitrag zu leisten.</p> <p>Die FDP fordert eine effizientere Ausgestaltung der Verfahren und eine konsequentere und vor allem schnellere Rückführung in die Herkunftsländer, in denen keine Gefahr für Leib und Leben besteht. Die FDP fordert die Kommission auf, die Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung von Menschenhandel konsequent in den Mitgliedstaaten einzufordern.</p> <p>Die Europäische Union soll in die Lage versetzt werden, stellvertretend für die Mitgliedstaaten offiziell Asyl anzubieten.</p>
CDU	<p>Die CDU tritt für den Schutz politisch Verfolgter ein. Sie will ein gemeinsames Europäisches Asylsystem vorantreiben und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten verstärken. Sie werde darauf drängen, dass alle Mitgliedstaaten die gemeinsamen Asylregelungen in der Praxis tatsächlich anwenden. Für die CDU gilt weiterhin das Prinzip des einheitlichen Schutzniveaus und der solidarische Lastenteilung. Sie wird sich im Besonderen nachdrücklich für eine gemeinsame europäische Initiative zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einsetzen.</p> <p>Für die Sicherung der Außengrenzen will sie die Arbeit der europäischen Agentur „Frontex“ weiter stärken. Die CDU tritt jedoch für die konsequente Einhaltung menschenrechtlicher und humanitärer Standards ein. Um ein aussagefähiges Lagebild an den Grenzen zu erreichen, müsse deren Überwachung verbessert werden. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung und die Pflicht zur Seenotrettung seien strikt einzuhalten. Wenn Boote im Mittelmeer kentern, dann sei es die erste und oberste Pflicht, Menschenleben zu retten.</p> <p>Die CDU setzt sich auch für neue Formen des Schutzes ein, etwa die Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten, deren baldige Rückkehr in ihr Herkunftsland nicht möglich ist oder die nicht dauerhaft in das Land eingegliedert werden können, das sie zuerst aufgenommen hatte.</p> <p>Die Europäische Union müsse sich dafür einsetzen, dass sich die Lebenssituation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge anhaltend verbessert.</p>

	<p>Bosnien und Herzegowina, Mazedonien sowie Serbien hätten eine Perspektive als EU-Mitglieder und müssten in Bezug auf Asylanträge künftig als sichere Herkunftsstaaten gelten.</p> <p>Zur konsequenten Rückführung nicht schutzbedürftiger Menschen will die CDU eine abgestimmte Strategie entwickeln. Hierbei sollen Zuwanderungs-, Außen- und Entwicklungspolitik besser ineinandergreifen.</p> <p>Europäische Integration:</p> <p>Angesichts der noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise müsse die Festigung der Europäischen Union in den nächsten Jahren Vorrang vor ihrer Erweiterung haben. Das hohe Tempo der Erweiterung sei notwendig gewesen – jedoch zugleich eine große Belastung für die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union.</p> <p>Die Tür zur Euro-Zone sei jedoch auch in Zukunft für alle EU-Mitgliedstaaten geöffnet, die die notwendigen Kriterien erfüllen und fähig sind, diese einzuhalten. Bei der Europäischen Integration käme der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine besondere Bedeutung zu. Beide Länder hätten als starke Wirtschaftsnationen ein besonderes Interesse, aber auch besondere Möglichkeiten, die europäische Einigung weiter voranzubringen.</p> <p>Neue Beitrittskandidaten müssten insbesondere die EU-Standards in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Menschenrechte wie Meinungs- und Religionsfreiheit in die Praxis umgesetzt haben. Gleiches gelte für Volksgruppen- und Minderheitenrechte. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnt die CDU ab, weil sie die Voraussetzung für einen EU-Beitritt nicht erfülle. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre die Europäische Union zudem überfordert.</p> <p>Die CDU beabsichtigt, die demokratische, rechtsstaatliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung der Staaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und Ukraine weiter zu fördern. Assoziierungs-, Freihandels- und Visalieferungsabkommen bleiben nach Auffassung der CDU die besten Instrumente für eine Annäherung dieser Staaten an die Europäische Union.</p>
CSU	<p>Die CSU fordert, dass die Europäische Union in der kommenden Legislaturperiode keine neuen Mitgliedstaaten aufnimmt. Sie spricht sich außerdem gegen eine Vollmitgliedschaft der Türkei aus.</p>
SPD	<p>Die SPD will eine Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik, die Grundrechte sichert. Perspektivisch stehe die SPD für die Weiterentwicklung des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ durch ein System, das auf besserer Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten beruht. Die Drittstaatenregelung müsse reformiert werden.</p> <p>An den EU-Außengrenzen dürfe es keine Abstriche beim Flüchtlingsschutz und den Menschenrechten geben. Der Grundsatz der Nichtzurückweisung müsse ebenso gewährleistet sein wie die Pflicht zur Seenotrettung. Die SPD verlangt eine europäische Initiative, die die Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren an Europas Außengrenzen im Mittelmeer verbessert, sodass der Pflicht zur Seenotrettung effektiv nachgekommen werde. Auch dürften diejenigen, die Flüchtlinge aus Seenot retten, nicht länger kriminalisiert</p>

	<p>werden.</p> <p>Unter diesen Prämissen will die SPD den Auftrag der Europäischen Grenzschutzagentur „Frontex“ weiterentwickeln und verändern. Verfahren der Grenzsicherung dürften nicht im Widerspruch zu den Zielen einer humanitären Flüchtlingspolitik stehen.</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke fordert ein unbedingtes Bleiberecht und menschenwürdige Unterkünfte, soziale Absicherung und gleiche Rechte für alle Flüchtlinge.</p> <p>Anstelle von Abschottung und Kriminalisierung setzt sie sich ein für eine gesamteuropäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, die Menschen in Not helfe, die der Verantwortung der Europäischen Union für Migrationsbewegungen gerecht werde und die den Prinzipien der Menschenrechte und des Humanismus verpflichtet sei. „Frontex“, die Agentur zur „Sicherung“ der Außengrenzen, müsse aufgelöst werden. Das Seeüberwachungssystem „Eurosur“ lehne die Linke ab. Die EU müsse daran mitwirken, dass fluchtverursachende Faktoren in Herkunftsländern behoben werden. Sie fordert, dass die Grundrechte der Flüchtlinge eingehalten werden: Alle Migrantinnen und Migranten müssten im Rahmen einer europäischen Teilhabe-Agenda rechtlich, politisch und sozial gleichgestellt werden. Menschen ohne regulären Aufenthaltstitel müssten die Möglichkeit zur Legalisierung und faire Arbeitsbedingungen haben. Die Partei stehe für ein „wirklich humanes europäisches Asylrecht auf hohem menschenrechtlichen Niveau“ für alle Menschen ein, die aus politischen oder anderen Gründen fliehen müssen. Die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention müssten eingehalten werden. Besonders der Grundsatz der Nicht-Zurückweisung an den EU-Außengrenzen und auf hoher See müsse befolgt werden. Der Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz für Asylsuchende seien sicherzustellen.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine Fortsetzung der Erweiterungspolitik, denn davon könnten die Menschen ihrer Auffassung nach sowohl innerhalb der Europäischen Union als auch in den Beitrittsländern profitieren. Europa solle Flüchtlinge schützen, Migration als Chance begreifen und legale Einwanderungsperspektiven schaffen, statt die Mauern hochzuziehen und sich abzuschotten.</p> <p>Die Partei fordert ein Europa, das Verantwortung für eine solidarische Welt übernimmt.</p>
Alternative für Deutschland (AfD)	<p>Entsprechend der Programmatik der AfD dürfen leistungslose Einkommen weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen. Ausländische EU-Bürger, die wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt wurden, seien konsequent auszuweisen. Eine Wiedereinreise sei zu unterbinden.</p> <p>Einwanderungen in deutsche Sozialsysteme lehnt die AfD strikt ab. Leistungen sollten nur solche Zuwanderer erhalten, die in erheblichem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland bezahlt haben. Wenn Zuwanderer keine ausreichenden Mittel zur Verfügung hätten, müssten sie in ihre Heimat zurückkehren. Eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten müsse durch Kontrolle der EU-Außengrenzen verhindert werden.</p>

	Humanitäre Hilfe und Hilfe für Kriegsflüchtlinge sei unbedingt zu gewährleisten und zu verbessern. Dieses sollte nach Möglichkeit heimatnah geschehen. Die entstehenden sozialen und finanziellen Folgen seien unter den Ländern der EU fair zu verteilen. Asylbewerbern sei das Recht auf Arbeit zu gewähren.
--	--

Energie- und Umweltpolitik; Verbraucherschutz

FDP	<p>Die FDP will dafür sorgen, dass die Energieversorgung sicher, sauber und bezahlbar bleibt. Dazu müsse der EU-Binnenmarkt für Energie vollendet werden.</p> <p>Die Partei setzt sich für ein europäisches Mengenmodell ein, bei dem die Energieversorgungsunternehmen verpflichtet würden, ihren Kunden einen bestimmten Anteil erneuerbarer Energien zu verkaufen. Wie sie diesen Anteil erreichen, bliebe den Unternehmen überlassen. Das führe dazu, dass sich die Anbieter durchsetzen, die besonders günstig sind oder sehr verlässlich regenerative Energie einspeisen.</p> <p>Die FDP setzt sich für ein gemeinsames europäisches Energienetz ein. Vorhandene Ressourcen wie Wind- und Wasserkraft im Norden Europas und Sonne im Süden Europas seien effizient zu vernetzen. Die FDP will bürokratische Hindernisse, die einer besseren Vernetzung entgegenstehen, beseitigen und fordert eine Auflösung regionaler und staatlicher Monopole und Kartelle der nationalen Energieversorgungen in ganz Europa.</p> <p>Der Handel mit Emissionsrechten bleibe für Liberale das zentrale Instrument der Vermeidung von Klimagasen. Eine Ersetzung des EU-Emissionshandels durch CO₂-Steuern lehnt die FDP entschieden ab. Sie stehe zu den Klimaschutzzielen der EU; weitere einseitige Kohlendioxid-Reduktionsverpflichtungen lehnt sie jedoch ab.</p> <p>Die FDP setzt sich für ein hohes Verbraucherschutzniveau in Europa durch unabhängige Information und Beratung ein, damit Verbraucher eigenverantwortliche Kaufentscheidungen treffen können. Die Politik müsse sich beim Verbraucherschutz auf die Einhaltung und Kontrolle von Sicherheitsstandards sowie Verbraucherrechte konzentrieren.</p>
CDU	<p>Energie:</p> <p>Die CDU strebt verbindliche europäische Standards für moderne Stromnetze und einen gemeinsamen europäischen Energieverbund an. Hindernisse bei der grenzüberschreitenden Durchleitung von Strom müssten abgebaut werden. Es würden ausreichend leistungsfähige Grenzkuppelstellen und europaweite Stromtrassen benötigt, um den Stromfluss zwischen den einzelnen Ländern zu gewährleisten.</p> <p>Die CDU spricht sich außerdem für das Ziel intelligenter Messsysteme für Verbraucher aus. Jene könnten dafür sorgen, dass der Strom dann verbraucht wird, wenn viel Energie im Netz verfügbar ist.</p> <p>Als wichtiger Faktor einer nachhaltigen Energiewende gelte die Senkung des Energieverbrauchs. Die CDU will deshalb die EU-Energieeffizienzrichtlinie wirksam umsetzen. Sie hat das Ziel, die Energieeffizienz um 20 Prozent bis 2020 zu steigern.</p> <p>Zur Versorgungssicherheit soll der wirtschaftliche Betrieb notwendiger Reservekapazitäten bei Gas- und Kohlekraftwerken gewähr-</p>

leistet bleiben.

Bei den erneuerbaren Energien setzt die CDU auf die verpflichtende Direktvermarktung und perspektivisch auf europäische Ausschreibungen. Ihr Ziel sei es, die Förderung der erneuerbaren Energien in Deutschland in den europäischen Binnenmarkt zu integrieren. Zu jenem sollen alle Verbraucher Zugang haben. Dafür will die Partei das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Übereinstimmung mit dem Europarecht weiterentwickeln. Die CDU setzt sich dafür ein, dass dabei nicht in die mitgliedstaatliche Hoheit über den Energiemix eingegriffen wird.

Die CDU will die Sicherheit der Kernkraftwerke in Europa erhöhen und verbindliche Sicherheitsziele festschreiben. Sie will sich auf europäischer Ebene für eine enge Zusammenarbeit und umfassende Transparenz in allen sicherheitsrelevanten Fragen einsetzen. Eine Förderung der Kernenergie lehnt die Partei nachdrücklich ab.

Umwelt- und Verbraucherschutz:

Die Bekämpfung des Klimawandels erfordere gemeinsame europäische Maßnahmen. Die CDU setze sich mit Nachdruck für ein verbindliches weltweites Klimaschutzabkommen ein, das sich an das Kyoto-Abkommen anschließt. Dabei müssten nicht nur die Industrieländer, sondern auch wichtige Schwellenländer konkrete Verpflichtungen übernehmen. Die Partei bekennt sich zu dem Ziel, Treibhausgase bis zum Jahr 2030 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern.

Die CDU fordert die Reform des Emissionshandels, wonach die Anzahl der Verschmutzungsrechte gemäß den EU-Klimazielen verringert und dabei die marktwirtschaftliche Struktur des Emissionshandelssystems gewahrt wird. Darüber hinaus verfolge sie das Ziel, möglichst viele Länder einzubeziehen und ein weltweites Handelssystem zu entwickeln. Die Partei stehe außerdem für eine wettbewerbsneutrale Ausgestaltung des EU-Emissionshandels im Flugverkehr.

Die CDU spricht sich für eine Verbesserung der Ressourceneffizienz aus. Rücknahmesysteme für wiederverwendbare Produkte sollen ausgebaut und die Rückgabe von Gebrauchtgeräten erleichtert werden.

Die Partei will eine EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie umsetzen und den geforderten guten Umweltzustand in den deutschen Meeresgewässern bis spätestens 2020 erreichen.

Eine Gasgewinnung mittels gesundheitsgefährdender Chemikalien (wie beim Fracking) lehnt sie ab.

Den Wildtierschutz werde die CDU verbessern und verstärkt gegen Wilderei und illegalen Wildtierhandel vorgehen. Den Artenschutz beabsichtigt sie im Rahmen internationaler Artenschutzabkommen stärken und effizienter und transparenter zu gestalten. Sie setzt sich weltweit für den Schutz der Wale ein.

Die CDU arbeite gemeinsam mit Landwirten an europäischen und internationalen Standards zum Umwelt- und Tierschutz. Landwirtschaft, Umweltschutz, Tierschutz und Tiergesundheit sollen noch besser in Einklang gebracht werden. Die CDU setzt sich dafür ein,

	<p>dass eine hohe Saatgutqualität und damit die Wahlfreiheit der Bauern erhalten bleiben. Die CDU will eine Regelung, die das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzensorten gewährleistet.</p> <p>Zum nachhaltigen Schutz der Kulturlandschaft und der Wälder will die CDU die Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten unterstützen und regionale Kreisläufe und Wertschöpfung fördern. Sie setzt sich für effiziente Zertifizierungssysteme für die gesamte Biomasse in allen Nutzungsformen – ob Nahrungs- und Futtermittel, nachwachsende Rohstoffe oder Bioenergie – sowie den Einsatz von Reststoffen ein.</p> <p>Die CDU spricht sich für das Ziel der Weiterentwicklung der EU-Verbraucherpolitik hinsichtlich Transparenz und Beratungsstandards aus. Die Verbraucherrechte seien grenzüberschreitend durchzusetzen. Eine europaweite Plattform für die Online-Streitbeilegung solle die nationalen Schlichtungsstellen vernetzen. Zur Verbesserung der Produktsicherheit setzt sich die Partei für ein europäisches Sicherheitszeichen entsprechend dem deutschen GS-Zeichen ein.</p> <p>Lebensmittelbetrug soll europaweit hart bestraft werden. Die CDU setzt sich für eine Verstärkung der Einfuhrkontrollen an den Außengrenzen der Europäischen Union ein. Sie fordert einheitliche Standards und eine hohe Kontrolldichte, die Rückverfolgbarkeit in der Lebensmittelkette sowie ein Frühwarnsystem. Für Lebensmittel soll es eine verpflichtende Kennzeichnung von Herkunfts- und Produktionsort geben.</p> <p>Die CDU fordert verbraucherfreundliche Regelungen beim Datenschutz und datenschutzfreundliche Voreinstellungen von Diensten und Geräten. Sie will Sicherheit und Anwendungsfreundlichkeit von e-Signaturen, den schnellen Ausbau von Hochgeschwindigkeitsnetzen und die Sicherung der Netzneutralität.</p>
CSU	<p>Die CSU fordert, alles was die Menschen vor Ort angeht – vom Nahrungsmittel bis zum Trinkwasser – vor europäischen Eingriffen zu schützen.</p> <p>Sie will, dass Bayern über den Anbau von Genpflanzen selbst entscheiden kann, damit es gentechnikfrei bleibt.</p>
SPD	<p>Die SPD setzt sich für eine ambitionierte Umwelt- und Energiepolitik der EU ein.</p> <p>Sie will, dass Europa Vorreiter für ein neues Bündnis von Umwelt, Wirtschaft und Arbeit ist. Die Partei stehe für verbindliche, ehrgeizige Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien und der Steigerung von Energieeffizienz in Europa. Um dieses zu erreichen, müssten die Mitgliedstaaten Handlungsfreiheit für die Förderung erneuerbarer Energien behalten. Die SPD beabsichtigt, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) fortzusetzen und weiterzuentwickeln. Dieses müsse entsprechend in den Leitlinien der EU aufgenommen werden.</p> <p>Sie setzt sich auch für eine Reaktivierung des Emissionshandels ein und befürwortet eine verbindliche Zielsetzung der EU bis 2030 zur Reduktion der Treibhausgasemission von 40 Prozent.</p>

	Die SPD fordert einen starken Verbraucherschutz.
DIE LINKE	<p>Die Linke steht für eine dezentrale, in den Regionen verankerte Energiewende, die sozial und demokratisch ausgestaltet ist. Sie kämpfe für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die europäische Vertragsgemeinschaft EURATOM müsse aufgelöst werden. Erneuerbare Energien (Einführung von Speichertechnologien) sollen im Rahmen europäischer Zielsetzungen weiterhin nach nationalen Vorgaben, wie etwa dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, gefördert, die Nutzung fossiler Energiequellen entsprechend zurückgefahren werden. Der Anteil an erneuerbaren Energien am EU-Energieverbrauch soll im Jahr 2020 25 Prozent betragen. Die Produktion von erneuerbaren Energien, insbesondere Agroenergien, müsse Nachhaltigkeitskriterien genügen. Für Letztere dürften die Zielsetzungen nur so hoch sein, wie innereuropäische Flächen dafür zur Verfügung stehen, ohne Nahrungsmittelversorgung und Biodiversität zu gefährden. Importe von Agrokraft- und -treibstoffen aus dem globalen Süden lehnt die Partei ab. Die Linke ist gegen die unterirdische und unterseeische Speicherung von als Abgas anfallendem Kohlendioxid (CCS). Bisherige Forschungs- und Fördermittel für CCS (bis 2012/2013 1,3 Milliarden Euro) sollen für das Gelingen der Energiewende eingesetzt werden. Ebenso lehnt sie die durch Verpressung von Chemikalien unterstützte Förderung von Erdöl und Erdgas (Fracking) ab.</p> <p>Die Linke setzt sich ein für eine Minderung des Ausstoßes an Klimagasen in der EU (gegenüber 1990 um 40 Prozent bis 2020, um 60 Prozent bis 2030 und um 95 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts), die Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch (auf ein Viertel bis 2020, auf 45 Prozent bis 2030 und auf 100 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts) und die Reduzierung des Primärenergieverbrauches (gegenüber dem Jahr 2000 um ein Fünftel bis 2020, um 40 Prozent bis 2030 und um 60 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts).</p> <p>Nährwerte auf Lebensmitteln sollen den Forderungen der Linken entsprechend klar gekennzeichnet werden („Ampel“). Die Linke fordert außerdem einen „Reisepass für Lebensmittel“ - einen Nachweis der Produktions- und Transportwege. Die Herkunft von allen Zutaten müsse ausgewiesen werden. Eine regionale Vermarktung von Lebensmitteln, die die Herkunft der Lebensmittel transparent mache und unnötige Transportwege spare, soll aus besonderen EU-Förderprogrammen unterstützt werden. Gentechnisch veränderte Produkte sollten lückenlos gekennzeichnet und schließlich verboten werden. Dieses gelte auch für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch manipulierten Futtermitteln gemästet wurden.</p> <p>Die Linke fordert eine umfassende Verbraucherinformation. Verbraucherinnen und Verbrauchern müssten kostenfrei Auskünfte gewährt werden, die sich nicht auf den Lebensmittelbereich beschränken, sondern alle Dienstleistungen umfassen.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass die EU mit dem Klimaschutz „Ernst mache“ und alle Zusagen aus den internationalen Klimaverhandlungen erfülle.</p> <p>Ihr Ziel sei ein Europa ohne Atom, Kohle und Fracking.</p> <p>Die Partei stellt sich entschieden gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und die Einführung gentechnisch veränderter</p>

	<p>Lebensmittel.</p> <p>Sie kämpfe dafür, die globale Erwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen. Zudem bedürfe es einer rechtlichen Verankerung des Schutzes von Umwelt- und Klimaflüchtlingen in der EU und weltweit. Sie setzt sich dafür ein, den „Green Climate Fonds“ mit den notwendigen Mitteln auszustatten und verlangt, dass Europa seine Zusagen einhält und seinen Beitrag zu den weltweit benötigten 100 Mrd. Dollar leistet.</p> <p>Die Partei will den Emissionshandel zum Klimaschutzinstrument machen. Der Emissionshandel soll grundlegend reformiert werden und ein Mindestpreis für Emissionszertifikate solle eingeführt werden. Der Flugverkehr und die Seeschifffahrt soll auch in den EU-Emissionshandel einbezogen werden.</p> <p>Das Bündnis 90/Die Grünen verlangen, dass Deutschland seine Beteiligung am Kernfusionsreaktor ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) aufkündigt.</p>
Alternative für Deutschland (AfD)	<p>Energiepolitik ist nach Auffassung der AfD primär eine Angelegenheit der Mitgliedstaaten; in einigen Bereichen sei eine europäische Zusammenarbeit jedoch sinnvoll und notwendig.</p> <p>Die AfD fordert die europaweite Harmonisierung der Sicherheitsvorschriften und Emissionsgrenzwerte. Langfristig soll Deutschland seine Abhängigkeit von importierten Energieträgern reduzieren. Die dauerhafte Subventionierung jeglicher Art der Energieerzeugung lehnt die AfD ab. Das EEG müsse komplett abgeschafft werden. Alle Energiemarkt-Eingriffe durch Subventionen seien sofort einzustellen. Zielvorgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz lehnt die AfD ab.</p> <p>Im Rahmen internationaler Abkommen könne eine graduelle Reduktion von CO₂-Emissionen vereinbart werden. Nationale und europäische Alleingänge zur langfristigen Entwicklung des Klimas lehnt die AfD ab.</p>

<p>FDP</p>	<p>Der Programmatik der FDP nach müsse Bildung jedem Menschen als Bürgerrecht unabhängig von seinem Hintergrund offen stehen. Hier seien die Mitgliedstaaten in der Pflicht, weil Bildungspolitik nationale Aufgabe sei und bleiben müsse. In der Forschungspolitik müsse die Zusammenarbeit in der EU verstärkt werden. Austauschprogramme sollen gefördert werden. Die FDP setzt sich ein für die Schaffung einer fünften Grundfreiheit, der Freiheit auf Wissen. Der Bologna-Prozess sei konsequent fortzuentwickeln.</p> <p>Die FDP will die Zuständigkeit für Bildung und Arbeitsmarkt bei den Mitgliedstaaten belassen, wobei die Möglichkeit bestehen soll, dass deutsche „Best-Practice-Lösungen“ im Europäischen Parlament als Teil des Problemlösungsprozesses aufgezeigt werden. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsse die Mobilität der Arbeitnehmer erleichtert werden und ein System geschaffen werden, dass es erlaube, unbürokratisch Sozialversicherungsansprüche mitzunehmen und anerkennen zu lassen.</p>
<p>CDU</p>	<p>Bildung:</p> <p>Die CDU setzt sich für das Erlernen von Fremdsprachen sowie für Austauschprogramme von Jugendlichen, Arbeitnehmern, Studenten und Forschern in Europa ein. Das Deutsch-Französische Jugendwerk und das Deutsch-Polnische Jugendwerk werde die Partei als entscheidende Elemente der europäischen Verständigung weiter intensiv fördern.</p> <p>Die Vermittlung von Arbeitskräften und -plätzen in der EU will die CDU verbessern. Aus- und Weiterbildung in Europa sowie die Arbeitsuche sollen noch besser abgestimmt und Bildungsabschlüsse leichter übertragbar werden.</p> <p>Die CDU setzt sich auf europäischer Ebene für den Erhalt des Meisterbriefs ein. Berufsabschlüsse sollen gegenseitig anerkannt werden. Zum Abbau von Jugendarbeitslosigkeit soll die duale Ausbildung gestärkt werden. Die Partei unterstützt das Ziel, dass Schüler, Auszubildende und Studierende sowie Lehrkräfte in Schule und Hochschule überall in Europa lernen und lehren. Sie lehnt es jedoch ab, die Gemeinschaftskompetenzen im Bildungsbereich auszuweiten.</p> <p>Die CDU begrüßt das EU-Programm „Erasmus+“ und unterstütze darüber hinaus die Mobilität der Studierenden, Schüler, Berufsschüler und Auszubildenden: Bis zum Jahr 2020 sollen mindestens 50 Prozent der Hochschulabsolventen einen Teil ihres Studiums im Ausland verbracht haben. Bei den jungen Erwachsenen in der Ausbildung sollen es mindestens zehn Prozent sein.</p> <p>Um die Mobilität der Studierenden weiter zu fördern, werde sich die CDU auch für mehr gemeinsame Studiengänge zwischen deutschen Hochschulen und europäischen Partner-Hochschulen einsetzen. Der Doppelabschluss würde zukünftig als Regelabschluss vorgesehen. Zugleich will sie eine bessere Anerkennung der im Ausland erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen erreichen. Gleichzeitig unterstützt sie das Mobilitätsprogramm für Jungunternehmer der EU. Das Programm biete angehenden Jungunternehmern die Möglichkeit, im EU-Ausland bei erfahrenen Unternehmern zu lernen.</p>

Die CDU verfolge das Ziel, bestmögliche Bedingungen für Forschung und Innovation, Wissenschaftler, Hochschulen und Exzellenzentren in ganz Europa zu schaffen. Forschung durch Kooperation solle europaweit gestärkt und Vernetzung sowie die Bildung europäischer Innovationscluster gefördert werden. Nach dem Prinzip des offenen Zugangs solle diese staatlich geförderte Forschung möglichst vielen Studierenden, Wissenschaftlern und anderen Interessenten zu freien Verfügung stehen. Das EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon 2020“ soll Kooperationen in Schlüsselbereichen der medizinischen, industriellen, technisch-naturwissenschaftlichen, ökologischen, geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung zugute kommen. Die CDU setze sich für einfachere und unbürokratische Antragsverfahren ein, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen.

Die CDU wolle darüber hinaus exzellente Wissenschaftler und neue Technologien, wie Biotechnologie, Nanotechnologie und Photonik, fördern. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft wolle sie ausbauen und den Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu Innovationsprozessen erleichtern. Öffentlich-private Partnerschaften sollen vorangebracht werden.

Soziales:

Zur Förderung benachteiligter Jugendlicher würden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zum Einsatz kommen. Die EU-Jugend-Offensive werde die CDU fortführen und ausbauen.

Die CDU steht für eine Europäische Union, in der Arbeitnehmer europaweit gerechte, lebenswerte und gesundheitsschonende Arbeitsbedingungen vorfinden. Sie tritt dafür ein, dass in allen europäischen Ländern Löhne gezahlt werden, von denen die Menschen auch leben können. Es gelte der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort, auch für Frauen und Männer“. Ebenso setze sie sich für Sozialstandards in Handelsabkommen der Europäischen Union ein.

Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme will die CDU verhindern. Sie setzt sich dafür ein, dass die Herkunftsstaaten die Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort und die Integration von Minderheiten nachhaltig verbessern. Die Zusammenarbeit zwischen Zoll und Behörden vor Ort soll verbessert werden; es werde einen besseren behördlichen Datenaustausch geben und Sperren zur Wiedereinreise sowie Beschränkungen beim Anspruch auf Sozialleistungen sollten veranlasst werden.

Nach Auffassung der CDU liegt die Zuständigkeit und Verantwortung für die Organisation des Gesundheitswesens allein bei den Mitgliedstaaten. Die europäischen Institutionen seien jedoch verpflichtet, bei allen Maßnahmen ein hohes Gesundheitsschutzniveau sicherzustellen.

Die Partei ermutigt die anderen Staaten der Europäischen Union, ihre Systeme zur Alterssicherung ebenso zukunftssicher aufzustellen und längere Lebensarbeitszeiten (bis 67) in Betracht zu ziehen.

Sie spricht sich für die Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge aus, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen. Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge werde die CDU verhindern. Es sollen auch künftig alleine die Mitgliedstaaten für die Gestaltung der Renten- und Pensionssysteme zuständig sein. Die Partei verfolgt das Ziel, die Sozialpartnerschaft zu

	<p>einem Erfolgsmodell in der gesamten Europäischen Union zu entwickeln.</p> <p>Die CDU bekennt sich zur UN-Konvention und den dort verankerten Rechten für Menschen mit Behinderung. Sie setzt sich für eine Umsetzung der „Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderung 2010-2020“ sowie für ihre Weiterentwicklung ein. Sie verfolge die Schaffung von Barrierefreiheit auf allen gesellschaftlichen Ebenen weiter. Außerdem wolle sie, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten für eine lebenslange und hochwertige Bildung, unter Berücksichtigung ihrer individuellen Lernbedürfnisse, offenstehen. Die CDU setze sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderung mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Die EU-Gesetzgebung solle in allen Politikbereichen die Belange von Menschen mit Behinderung ausreichend berücksichtigen.</p> <p>Sie CDU beabsichtigt, den Europäischen Freiwilligendienst auszubauen.</p> <p>Die CDU stehe zur Kulturhoheit der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen. Deshalb unterstütze sie das EU-Programm „Kreatives Europa“ (2014-2020). Sie wolle neue Partnerschaften zwischen deutschen und europäischen Städten, Kreisen, Gemeinden und Regionen anstoßen und bestehende mit neuem Leben füllen.</p> <p>Die Gleichstellung von Frauen und Männern solle in Europa weiter gestärkt werden.</p>
CSU	<p>Die CSU will Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Der Missbrauch der Sozialsysteme müsse jedoch abgestellt werden.</p>
SPD	<p>Die SPD setzt sich für klare, möglichst verbindliche Ziele zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Europäischen Semester ein. Ziel solle sein, in Europa die Jugendarbeitslosigkeit in fünf Jahren um mindestens 30 Prozent zu verringern. Die Europäische Jugendgarantie müsse gemäß SPD-Programmatik national und europäisch rasch umgesetzt werden.</p> <p>Die SPD fordert die vollständige Anerkennung der Meister- und Technikerabschlüsse in Europa. Einer Gefährdung durch eine vermeintliche Liberalisierung des Berufszugangs durch die Kommission trete sie entgegen.</p> <p>Sie stehe für „gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Das europäische Entsenderecht solle entlang dieses Prinzips weiterentwickelt werden. Der Arbeitsschutz müsse europaweit ausgebaut werden. Die SPD kämpfe außerdem gegen Lohn- und Sozialdumping.</p> <p>Arbeitnehmerfreizügigkeit stehe für die SPD nicht zur Disposition. Allerdings dürfe die Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU nicht zum Missbrauch von Sozialleistungen führen. Sie solle durch klare Kriterien geregelt werden.</p> <p>Die SPD will, dass soziale Grundrechte nicht der Marktfreiheit im Binnenmarkt untergeordnet werden; sie müssten zumindest gleichrangig sein. Die EU solle die Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern respektieren und weiter stärken.</p>

DIE LINKE	<p>Die Linke unterstützt verbindliche Zielvorgaben für die Bekämpfung von Armut und fordere eine EU-Vorgabe, die für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Rente im Rahmen der Sozialversicherungen ein Einkommen in Höhe von mindestens 60 Prozent des mittleren Einkommens vor Ort (für Experten: „des mittleren nationalen Nettoäquivalenzeinkommens“) gewährleisten sollte. Unabhängig von der Erwerbsbiografie, Herkunft oder Nationalität sowie dem Vorliegen einer Behinderung sollen alle Bürger Europas Anspruch auf soziale Mindestsicherung an ihrem Wohnort haben. In Deutschland seien das derzeit 1050 Euro. In Ländern mit niedrigem Einkommensniveau würden Warenkörbe zur Überprüfung der ausreichenden Höhe ergänzend herangezogen. Die Erhöhung des Renteneintrittsaltes lehnt die Linke ab, ebenso wie die weitere Privatisierung der Altersvorsorge. Stattdessen soll das Umlageverfahren in der Rentenversicherung gestärkt werden.</p> <p>Außerdem engagiert sich die Linke für europäische Mindestnormen, die eine gleichberechtigte Grundversorgung mit Wohnraum, Wärme, Wasser, Zugang zum Internet und Energie sicherstellen. Europaweit soll es ein kostenfreies Grundkontingent für jeden Haushalt an Wärme, Wasser und Energie, Telefon und Internetzugang geben. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen lehnt sie ab. In der Gesundheitsversorgung müssten bei Schwangerschaft und Krankheit ambulante und stationäre medizinische Versorgung, Vor- und Nachsorge allen in der EU lebenden Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage zugänglich sein. Eine Krankenversicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger der EU sei für die Linke unverzichtbar. Der Zugang zu Verhütungsmitteln und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch müssten gewährleistet sein.</p> <p>Die Partei fordert die Abschaffung des Bologna-Systems. Auch dürfe die EU nicht länger für Studiengebühren werben, sondern müsse sich für die Umsetzung des UN-Sozialpakts stark machen: Dort stünde das Recht auf Bildung im Mittelpunkt, und alle Unterzeichnerstaaten hätten sich verpflichtet, Studiengebühren abzuschaffen.</p> <p>Eine wirksame Jugendförderung, die auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfe, müsse laut Programmatik der Linken den Vorrang haben.</p> <p>Die Linke fordert eine EU-Armutsstrategie, die mit ausreichenden Mitteln im Haushalt untersetzt ist.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Das Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine angemessene finanzielle Ausstattung für Jugend-Austauschprogramme durch einen Jugend-Fonds als Teil des EU-Haushalts, der existierende Jugendprogramme umfasst und ausweitet.</p> <p>Die Partei fordert, dass forschungsstarke Mitgliedstaaten ihre Mittel an die Ausgaben der globalen Spitzenreiter anpassen und auf mind. 3,5 Prozent des BIP erhöhen. Sie wolle auch den Europäischen Forschungsrat, der grundlagenorientierte Forschung finanziere, weiter stärken.</p>
Alternative für Deutschland (AfD)	<p>Nach Auffassung der AfD müsse Bildungspolitik in nationaler Kompetenz verbleiben und auf lokale Traditionen und Bedürfnisse ausgelegt sein. Den Universitäten müsse die Möglichkeit gegeben werden, zu den bewährten Diplom-, Staatsexamens- und Magisterstudiengängen zurückzukehren. Von einer Erhöhung der Akademikerquote in der EU sei abzusehen. Das Erasmus-Programm solle weiter</p>

	<p>ausgebaut werden.</p> <p>Arbeits- und Sozialpolitik zähle zu den nationalen Aufgaben der Mitgliedstaaten.</p> <p>Es müsse in Deutschland eine verlässliche soziale Absicherung für Geringverdiener geben; der Mindestlohn könne dieses jedoch nicht leisten. Stattdessen solle der Staat soziale Unterstützung in Form von Einkommensbeihilfen bereitstellen. Die AfD lehne eine europäische Sozialunion und eine europäische Sozialversicherung ab. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sei eine nationale Aufgabe der Krisenstaaten.</p> <p>Die AfD lehnt „Gender Mainstreaming“ und entsprechende finanzielle Förderungen ab; bei Stellenbesetzungen müsse die Qualifikation, nicht das Geschlecht, den Ausschlag geben.</p>
--	--

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

FDP	<p>Die FDP steht für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas, welche auch in strittigen Fragen im passenden Moment eine europäische Antwort bereithält. Die derzeitigen Strukturen und Verfahren seien allerdings ungeeignet, das Ziel einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen auch verdiene, zu erreichen.</p> <p>Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei müssten ehrlich geführt werden, es dürfe keine „Rabatte“ bei der Erfüllung der Beitrittskriterien geben. Die FDP steht auch für die Beitrittsperspektive der Staaten des westlichen Balkans, für die entschlossene rechtsstaatliche Reformen die Voraussetzung seien.</p> <p>Ziel liberaler europäischer Entwicklungspolitik sei es, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern zu stärken, klassische Entwicklungshilfe zu reduzieren und die Mittel zielgerichtet, transparent, effizient und kontrolliert einzusetzen.</p> <p>Der Europäische Auswärtige Dienst sei zu stärken. Die EU-Botschaften könnten auf Wunsch in vielen Ländern außerhalb der EU Aufgaben nationaler Botschaften übernehmen.</p> <p>Die FDP will auch, dass die Europäische Verteidigungsfähigkeit verbessert wird, indem Rüstungsentwicklung und -beschaffung stärker gemeinsam im europäischen Rahmen stattfindet und somit Verteidigungsausgaben gesenkt werden. Sie sei für einen Ausbau der NATO und vertritt die Ansicht, dass gleichzeitig das europäische Gewicht innerhalb der NATO vergrößert werden müsse.</p>
CDU	<p>Außen- und Sicherheitspolitik:</p> <p>Wesentlicher Bestandteil einer europäischen Außenpolitik müssten nach Programmatik der CDU das Bemühen für die Umsetzung und die Wahrung der Menschenrechte sein. Die Abschaffung der Todesstrafe und das Verbot von Folter müssten in den europäischen Außenbeziehungen mit Nachdruck verfolgt werden. Frauen sollen vor Menschenhandel, Gewalt und Zwangsprostitution besser geschützt werden. Die CDU setze sich für eine zügige Umsetzung der EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels in nationales Recht ein.</p> <p>Die CDU verfolgt das Ziel, die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu einer gemeinsamen Verteidigung der Europäischen Union auszubauen. Alle Mitgliedstaaten müssten ihre militärischen Fähigkeiten gemäß ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten weiter verbessern. Langfristig strebt die Partei eine europäische Armee an.</p> <p>Es soll enger mit der NATO zusammengearbeitet werden. Der Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich und Polen käme eine besondere Rolle zu. Die CDU strebt verstärkt gemeinsame Rüstungsprojekte und die Entwicklung gemeinsamer Fähigkeiten an. Sie wolle eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine strategische Zusammenarbeit in</p>

außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Die CDU strebt ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zu Russland an. Seine Versuche, Staaten der gemeinsamen Nachbarschaft unter Druck zu setzen, weise die Partei jedoch zurück. Die Unterstützung separatistischer Bestrebungen in den Nachbarländern Russlands und die Verletzung der Souveränität des Hoheitsgebiets russischer Nachbarn seien inakzeptabel. Auch den Einsatz militärischer Gewalt gegen die Ukraine verurteilt die CDU.

Die CDU unterstützt das Ziel einer Zweistaaten-Lösung im Nahen und Mittleren Osten mit einem „jüdischen demokratischen Staat Israel in anerkannten und dauerhaft sicheren Grenzen“ sowie einem „lebensfähigen palästinensischen Staat“, die in friedlicher Nachbarschaft leben.

Sollte das syrische Regime nicht ausreichend kooperieren, werde die CDU auf weitere Sanktionen der Europäischen Union und auf harte Konsequenzen im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drängen.

Die CDU spricht sich dafür aus, dass der Hohe Beauftragte für die Außen- und Sicherheitspolitik weiterhin als Vizepräsident in der Europäischen Kommission verankert bleibt. Die Fähigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für ein vorbeugendes Krisenmanagement und für eine schnelle Krisenreaktion müssten verbessert werden. Handels- und Außenpolitik sowie Entwicklungszusammenarbeit müssten zwischen Europäischer Kommission und EAD noch besser verknüpft und abgestimmt werden.

Die innere Sicherheit in Europa will die CDU weiter verbessern. Dafür würden die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden der EU-Mitgliedstaaten weiter gestärkt. Es solle ein europäisches Ein- und Ausreiseregister aufgebaut werden; dabei müsse der Datenschutz beachtet werden. Die Aussetzung der Visumfreiheit in besonderen Lagen müsse weiterhin möglich sein.

Besondere Aufmerksamkeit verlange der Kampf gegen Kriminalität in den grenznahen Regionen zu Polen und Tschechien. Die Zusammenarbeit von Bundespolizei und der jeweiligen Landespolizei in Grenznähe werde noch enger verzahnt. Auch die Kooperation von Justiz und Zoll zwischen den EU-Mitgliedstaaten sowie mit Drittländern will die CDU weiter stärken. Dabei sei der Europäische Haftbefehl ein wirksames Werkzeug.

Zur Erhöhung der Sicherheit des europäischen Luftverkehrs setzt sich die CDU für die zügige Realisierung des Einheitlichen Europäischen Luftraums ein.

Entwicklungspolitik:

Die CDU tritt dafür ein, dass sich die europäische Entwicklungspolitik für eine armutsorientierte Folgeagenda nachhaltiger Entwicklungsziele einsetzt, die die bisherigen Millenniumsentwicklungsziele aufgreift und vertieft. Die verschiedenen Finanzierungsquellen der europäischen Entwicklungspolitik werde die CDU stärker aufeinander abstimmen.

	<p>Sie wolle dazu beitragen, dass die Staaten Afrikas ihre Probleme selbst lösen können. Zu den vorrangigen Zielen ihres Engagements gehören die Bekämpfung von Armut, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Investitions- und Handelsbeziehungen zwischen Afrika und der EU wolle die CDU ausbauen.</p> <p>Die Zusammenarbeit mit China, aber auch anderen Schwellenländern wie Indien, Brasilien, Mexiko, Nigeria oder Südafrika will die Partei intensivieren. Die Beziehungen zu Regionalorganisationen wie ASEAN, MERCOSUR, Afrikanischer Union oder ECOWAS sollen ausgebaut werden.</p>
CSU	Die CSU fordert, dass Europa seine historische Mission für Frieden und Freiheit weltweit erfüllt.
SPD	<p>Die SPD setzt sich für neue politische Initiativen zur Stärkung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Die Schwerpunkte sollten dabei auf diplomatischen und zivilen Mitteln zur Krisenprävention und Konfliktregelung und auf einer strategischen Weiterentwicklung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik liegen. Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU-Staaten wolle die SPD noch stärker europäisch ausrichten und zusammenführen.</p> <p>Langfristiges Ziel bleibe für die SPD der Aufbau einer Europäischen Armee. Ihr Aufbau müsse durch die Stärkung der Informations- und Kontrollrechte des Europäischen Parlaments flankiert werden.</p> <p>Für die SPD habe sich die Kooperationspolitik der EU als vorausschauende Friedenspolitik bewährt. Sie will, dass die EU ihre Türen für neue Mitglieder offenhält, wenn diese vor dem Beitritt alle erforderlichen Kriterien erfüllen. Auch müsse die EU ihre eigene Aufnahmefähigkeit sicherstellen. Die laufenden Verhandlungen mit der Türkei führe die SPD mit dem erklärten Ziel eines Beitritts weiter.</p> <p>Die SPD will Russland für gemeinsame Problemlösungen bei drängenden internationalen Herausforderungen gewinnen und die Partnerschaft entlang einer erneuerten politischen Agenda weiterentwickeln. Kritische Themen wie demokratische und menschenrechtliche Fragen müssten dabei in einem offenen Dialog thematisiert werden.</p>
DIE LINKE	<p>Die Linke tritt für eine zivile, friedliche Politik innerhalb und außerhalb Europas ein. Kampfeinsätze im Rahmen der EU-Battlegroups, EU-Militärmissionen und militärische EU-Ausbildungsmissionen lehnt sie ab. Keine weitere Stationierung von Truppen aus EU- und NATO-Staaten in Afghanistan. Militärberatungsmissionen und die Polizeiausbildung in Staaten mit autoritären Regimen wie z.B. Saudi Arabien müssten sofort beendet werden. Eine Aufweichung des Parlamentsvorbehalts bei Militäreinsätzen lehnt die Linke ab.</p> <p>Die Partei wendet sich gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der eine Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) forciert, und spricht sich gegen eine Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und GSVP sowie in EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften aus.</p> <p>Bestandteil einer Entmilitarisierung der EU sei die Beendigung der Sicherheitskooperation mit den USA. Die Linke tritt ein für die Be-</p>

	<p>endigung der EU-NATO-Partnerschaft, fordert die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, das Abrüstung als ein zentrales Ziel hat.</p> <p>Die Linke fordert, die US-Militärbasen in der EU zu schließen, da diese für völkerrechtswidrige Kriege, Drohnenangriffe, CIA-Folterflüge und NSA-Geheimdienstinstallationen benutzt würden und einen Faktor ständiger Unsicherheit darstellen. Sie wolle eine EU, die frei ist von Massenvernichtungswaffen, fordert den Abzug und die Vernichtung aller US-Atomwaffen aus Europa.</p> <p>Die Linke lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA ab.</p>
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Bündnis 90/Die Grünen wollen die EU als Zivilmacht, die sich für Abrüstung einsetzt und deren Mitgliedstaaten keine Waffen an Diktaturen und in Krisengebiete liefern.</p> <p>Die Partei trete ein für das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen.</p> <p>Sie wolle eine Europäische Union, die sich weltweit für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz einsetzt. Darüber hinaus solle die Europäische Entwicklungszusammenarbeit vorangebracht werden.</p>
Alternative für Deutschland (AfD)	<p>Die AfD lehnt die Aufnahme der Türkei in die EU ab und fordert die Beendigung der Aufnahmeverhandlungen mit der Türkei. Die Aufnahme weiterer Länder in die EU könne erst nach Erfüllung aller Aufnahmekriterien sowie nach einer Konsolidierung der EU in ihrer heutigen Gestalt in Erwägung gezogen werden. Voraussetzung sei jeweils eine Volksabstimmung in Deutschland.</p> <p>Zwar bejahe die AfD die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, doch müsse sich die Außen- und Sicherheitspolitik in Politikbereichen, für die nach EU-Recht die Mitgliedstaaten zuständig seien, an den nationalen Interessen orientieren. Dem Verhältnis Deutschlands zu Russland komme eine besondere Bedeutung zu; dem Nachbarn sei besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Eventuelle Beitritts- und Assoziierungsgespräche mit Nachfolgestaaten der Sowjetunion seien im Einvernehmen mit Russland zu lösen.</p> <p>Eine Beschlussfassung über das Freihandelsabkommen mit den USA lehnt die AfD ab.</p>